

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 16 / 17. Jahrgang

8. August 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Was ist ein Normalarbeitstag? Der Tarifkonflikt im Einzelhandel

Die „Sommerpause“ ist im HBV-Einzelhandel ausgefallen. Die Streiks dauern seit der ersten Juliwoche an. In der Sendung „Markt im Dritten (N3)“ wurde von einer Demonstration von Einzelhandels-Beschäftigten durch die Hamburger Innenstadt berichtet. Der Landesbezirksleiter der HBV sagte dort, Streiks in diesem Ausmaß seien im Einzelhandel bisher einmalig.

In Hamburg und Schleswig-Holstein begann die Streikbewegung Anfang Juli mit Streiks in 15 SB-Warenhäusern (u.a. vier Mal „real“, 5 Mal „Toom“). Um den 19. Juli folgten Streiks in den Kaufhäusern in Hamburg und Kiel. Auch am Schlußverkaufs-Montag wurde in Kiel (PLAZA/coop) und Hamburg gestreikt. In Schleswig-Holstein gibt es seit dem 8. Juli keinen Verhandlungstermin.

In NRW waren am 1. August 49 ALDI-Filialen wegen Streik geschlossen. Am 2. August wurden Karstadt, Horten und Interspar bestreikt. Dort sind die Verhandlungen nach der 5. Runde gescheitert. Inzwischen droht in Köln auch die DAG mit Streiks. Außerdem erwägt die DAG eine Klage vor dem Arbeitsgericht, nach der die neuen Arbeitszeiten erst zum 1. Januar, also nach Ablauf des Manteltarifs, in Kraft treten sollen, und nicht, wie die Firmen wollen, bereits zum 1. November, dem Inkrafttreten des neuen Ladenschlußgesetzes. Am 3. August (langer Samstag) waren in NRW 2.000 Beschäftigte im Streik.

In Berlin sind die Verhandlungen am 1.8. auf den 20.8. vertagt worden. Dort hatten die Beschäftigten bis dahin 26 Warnstreiks und 7 ganztägige Streiks durchgeführt. Am 3. August streikten in KADEWE rund 350 Beschäftigte.

Der Konflikt geht längst nicht mehr wesentlich um den Gehaltstarifvertrag, sondern um die Bedingungen Arbeitszeiten nach dem neuen Ladenschlußgesetz. Der Einzelhandelsverband (HDE) ist zuversichtlich, daß es ab November die neuen Öffnungszeiten geben wird. In Kiel z.B. veröffentlichte die Betreiber-gesellschaft des Einkaufszentrums „So-

phienhof“, daß ab 1.11. bis 20 Uhr geöffnet sein werde. Die Geschäfte im Centrum sind verpflichtet, mitzumachen oder Strafe zu zahlen. Die Passage neben dem Hauptbahnhof geht direkt in das Kaufhaus „Hertie“ über. Da wird Hertie „aus Konkurrenzgründen“ auch bis 20 Uhr öffnen wollen.

Es ist schon bedeutsam, wenn Einzelhandelsbeschäftigte an den arbeitsreichsten und umsatzstärksten Tagen wie am letzten langen Samstag streiken. Das Ausmaß der Streiks zeigt auch, für wie bedeutend die Beschäftigten die auf sie zukommenden Änderungen halten.

Die Gewerkschaften HBV und DAG fordern Zeitzuschläge zwischen 25% und 55% für unsoziale Arbeitszeiten, die aus dem „Normalarbeitstag“ (bzw. den bisherigen Arbeitszeiten) herausfallen – wie auch in anderen europäischen Ländern üblich. Das wäre nach 18.30 Uhr und Samstags insbesondere nach 14 Uhr. Durch diese Zeitzuschläge sollen „attraktive Arbeitszeitsysteme“ vereinbart werden wie z.B. eine 4-Tage-Woche oder Frühschicht/Spätschicht im Wechsel und 14tägig Samstags frei.

Wichtig sind die Forderungen nach Freistellungen von der Spätschicht in besonderen Lebenslagen: z.B. für Schwangere, Beschäftigte mit schulpflichtigen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, Alleinerziehende, Schwerbehinderte sowie nach Ausgleich für längere Heimfahrten und mehr Sicherheit für Beschäftigte auf dem Heimweg und in den Geschäften am Abend. Damit geht es auch um gesellschaftliche Normen. Wenn es den Firmen gelingt, abends bis 20 Uhr und Samstags bis 16 Uhr als Regelarbeitszeit ohne Zuschlag einzuführen, werden auch in anderen Branchen Zuschläge ins Wanken geraten. In der Steuerdiskussion geht es ja bereits um die Beseitigung der Steuerfreiheit auf Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit.

Unmittelbar vor Redaktionsschluß kam die Nachricht, in Rheinland-Pfalz sei ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Danach soll es Zuschläge von 20

Prozent für Arbeiten am späten Abend oder am langen Samstag geben sowie Ausnahmen für Schwangere, Schwerbehinderte, Alleinerziehende mit Kindern unter 15 Jahren und Personen mit Ehrenämtern. Beschäftigte sollen nur an 3 Tagen pro Woche bis in den späten Abend arbeiten müssen und maximal an 3 Samstagen im Monat. Die Löhne sollen um 1,85% angehoben werden. Weitere Einzelheiten lagen nicht vor. (brg)



Der am 28. Juli beendete Hungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei war von zahlreichen Solidaritätsaktionen (Bild: Kiel) unterstützt worden, die von der hiesigen Polizei zum Teil heftig angegriffen wurden.

Türkei: Solidarität muß weitergehen

Beobachterdelegation warnt vor Bruch der Zusagen des Regimes gegenüber den politischen Gefangenen

Anläßlich der Beendigung des Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen, bei dem 12 politische Gefangene zu Tode kamen, befand sich vom 29. Juli bis zum 1. August eine Menschenrechtsdelegation in Istanbul. Es wurden Gespräche geführt mit VertreterInnen des Anwaltsbüros des Volkes, des IHD (Menschenrechtsvereins), der Parteien HADEP (prokurdische Partei) und CHP (sozialdemokratische Partei), kritischen JournalistInnen, dem Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Istanbul sowie VertreterInnen der Ärztekammer und Angehörigen. Als Ergebnis wird folgende Erklärung abgegeben:

Entgegen der Einladung Tansu Cillers an internationale Gruppen, sich die Zustände in türkischen Gefängnissen anzuschauen, wurde der Delegation sowohl der Zugang zu politischen Gefangenen im Bayrampasa-Gefängnis als auch den am Todesfasten Beteiligten im Universitätskrankenhaus Istanbul verweigert. (...) Der Zustand der am Hungerstreik Beteiligten ... hat sich größtenteils stabilisiert. Von den neun in der Universitätsklinik liegenden am Todesfasten Beteiligten sind sieben (am 1.8.) bei Bewußtsein. Zwei Patienten weisen neben den Folgen des 68 Tages dauernden Hunger- und in den letzten Wochen auch Durststreikes weitere Krankheiten auf, so daß ihr Zustand nach wie vor kritisch ist. Bei allem der insgesamt 355 Todesfastenden sind schwerwiegende Folgeschäden nicht auszuschließen.

Die Delegation begrüßt das Abkommen als einen Erfolg der demokratischen Kräfte in der Türkei, zu dem die zunehmende Unterstützung in der türkischen Bevölkerung und in der internationalen Solidarität beigetragen haben. Wichtigste Aufgabe wird es in den nächsten Wochen und Monaten sein, die Einhaltung des stellvertretend für die politischen Gefangenen von MenschenrechtlerInnen, Anwälten und Künstlern und

der Regierung vereinbarten Abkommens zu überwachen. Dies ist um so nötiger, da kein Regierungsvertreter die Vereinbarung unterzeichnet hat und es in den letzten Tagen zu massiven Verstößen gekommen ist. So wurde von den Anwälten der in die Krankenhäuser Verlegten berichtet, daß es entgegen der Vereinbarung sowohl auf dem Transport wie auch am ersten Tag Fesselungen gegeben hat. Vereinbarte Rückverlegungen in heimatnahe Gefängnisse, so z.B. aus dem berühmten Grabgefängnis von Eskisehir in das Ümraniye-Gefängnis in Istanbul werden nicht eingehalten. Briefe von Angehörigen werden nicht weitergeleitet. Darüber hinaus hat Justizminister Kacan angekündigt, alle am Todesfasten Beteiligten anzuklagen und für den Tod ihrer Mitgefangenen verantwortlich zu machen. (...)

Die Delegation fordert die Bundesregierung auf, eine ständige Kommission zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Türkei einzurichten, die vom Menschenrechtsverein IHD, RechtsanwältInnen, Künstlern und intellektuellen eingerichtete türkische Kommission zur Überwachung der Einhaltung des Abkommens zu unterstützen, die Anklage des Justizministers Kacan und des Innenministers Agar vor dem Europäischen Gerichtshof zu betreiben, die militärische, polizeiliche und wirtschaftliche Unterstützung einzustellen, die Blockade von Sanktionen der Europäischen Staatengemeinschaft aufzuheben und statt dessen voranzutreiben. (Istanbul, den 1. August 1996)

gez. Eva Bulling-Schröter (MdB PDS), Heidi Lippmann-Kasten, (MdB Nds. B90/Grüne), Reimar Hermann (Landesvorstandssprecher B. 90/Grüne Hessen), Dr. Eckhard Fascher (Kreisvorstandssprecher B. 90/Grüne Göttingen), Michael Enderlein, Student TH Darmstadt, Matthias Englert, Student TH Darmstadt, Christian Weißling, Student TH Darmstadt, Selda Temiz, Übersetzerin / Studentin, Bican Erkiz, Übersetzerin / Sozialpädagogin. (aus Platzgründen v. d. Red. gekürzt)



AKTUELL IN BONN**Staatsbürgerschaft: SPD will Mini-„Reform“**

Am 1. August hat die SPD-Abgeordnete Cornelia Sonntag-Wolgast Eckpunkte für einen Gesetzentwurf vorgelegt, den ihre Fraktion in der nächsten Zeit zur Reform der Ausländer- und Einwanderungspolitik vorlegen will. Die SPD will eine „Zuwanderungsquote“ einführen, gedacht ist an ca. 300.000 Personen im Jahr, die auch den Zuzug von Flüchtlingen, den Familiennachzug sowie die Einreise sog. „deutscher Aussiedler“ umfassen soll. „Die Quote kann sehr gering ausfallen und auch gegen Null tendieren“, versuchte die SPD-Politikerin ihre „Eckpunkte“ den Regierungsparteien anzubieten. Auch beim Staatsbürgerschaftsrecht wünscht die SPD nur eine Mini-Reform. In Sachen „Volksdeutsche“ kommt von der SPD kein Wort der Kritik an der 5.-Kolonnen-Politik der BRD in Staaten Osteuropas (Polen, Tschechische und Slowakische Republik, GUS-Staaten usw.) durch Rekrutierung von sog. „Volksdeutschen“ als neue deutsche Staatsbürger. Deutsche Staatsbürgerschaft für in der BRD lebende Ausländer will die SPD ähnlich wie die FDP nur für Kinder in der 3. Generation. Von den Unionsparteien kam bereits Ablehnung, der Grüne Özdemir lehnte die SPD-Überlegungen als „alte Hüte“ ab. Zeitgleich mit der Vorlage der Eckpunkte wurde bekannt: 1995 sind in NRW 86.000 Personen „eingebürgert“ worden, darunter 57.000 „Deutschstämmige“ aus der früheren Sowjetunion.

Nächste Steuerreform

Die Debatte über die nächste Steuerreform, über die derzeit eine Arbeitsgruppe der Bundesregierung unter Vorsitz von Finanzminister Waigel derzeit berät, geht auch in der sog. „Sommerpause“ weiter. Laut Waigel ist das politische Hauptziel der Reform die Senkung des Spitzensteuersatzes. FDP-Fraktionschef Solms bekräftigte die FDP-Forderung, die Lohn- und Einkommenssteuer ähnlich wie in den USA in 3 Stufen zu erheben: 15, 25 und 35 Prozent. Vor allem in den oberen Einkommensbereichen wäre das eine enorme Steuersenkung – die Regierungsparteien sprechen von einem Rückgang der Steuereinnahmen zwischen 80 und 120 Mrd. DM jährlich. Dies soll durch Streichung von „Steuervergünstigungen“ (z.B. steuerfreie Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit) und eine Anhebung der Verbrauchssteuern – insbesondere der Mehrwertsteuer – „ausgeglichen“ werden.

Regulierung beim Pay-TV?

Nach dem Grünen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Fischer hat sich auch die IG Medien für eine gesetzliche Regulierung des Pay-TV ausgesprochen. Der Gesetzgeber müsse eine freie Berichterstattung über Großereignisse – z.B. Sportveranstaltungen – garantieren und die exklusive Vermarktung solcher Ereignisse durch Pay-TV-Anbieter unterbinden. Eine ähnliche Regulierung soll in Großbritannien bereits bestehen. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Medien, Gerd Nies, der diese Forderungen vortrug, ergänzte, die Gewerkschaft habe bei einer Umfrage unter den

Länderministerpräsidenten Unterstützung für ihre Forderung nur bei den Ministerpräsidenten von NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, Rau, Eichel und Beck, gefunden.

Urteil gegen Schein-„Selbständigkeit“

Das Nürnberger Arbeitsgericht hat den Versuchen der Kapitalisten, Lohnabhängige über die Konstruktion einer scheinbaren „Selbständigkeit“ um den Sozialversicherungsschutz und andere Schutzrechte (Schutz bei Mutterschaft, Kündigungsschutz u.ä.) zu bringen, einen Riegel vorgeschoben. Das Gericht gab der Klage einer 46-jährigen Frau statt und verpflichtete eine Versicherung, die die „Selbständige“ beschäftigt hatte, ihr auch alle Arbeitnehmer-Schutzrechte einzuräumen. Die Versicherung prüft, ob sie gegen das Urteil in Berufung geht. Die DAG erklärte, das Urteil habe Bedeutung für ca. 1 Million Schein-„Selbständige“ in der BRD (Az. 2 Ca 4546/95).

ÖTV will Reform des Beamtenrechts

Der ÖTV-Vorsitzende Mai hat mit seiner Forderung, „daß Beamte auch die Rechte bekommen, die den übrigen Arbeitnehmern zustehen“, eine neue Kontroverse um das Beamtenrecht ausgelöst. Während Beamtenbund und FDP Mai kritisierten, beharrte dieser auf seiner Forderung. Die jetzt geltenden Grundsätze „stammen noch aus der tiefsten Mottentruhe des Beamtenwesens“, kritisierte er. Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Schröder forderte eine wenige Tage später, Beamtenverhältnisse nur noch in wenigen Bereichen, z.B. bei Polizei und Militär, aufrechtzuerhalten. Die Debatte könnte heftiger werden, wenn Kanther im Herbst seinen Bericht über die Belastung von Bund, Länder und Kommunen durch Pensionszahlungen für Beamte vorlegt.

Sozialhilfereform in Kraft

Am 1. August ist das neue Sozialhilferecht in Kraft getreten. Jetzt können Arbeitgeber Zuschüsse von Sozialämtern „zur Eingliederung von Leistungsempfängern in den Arbeitsmarkt“ erhalten, auch Leiharbeit kann Sozialhilfe-Empfängern vorgeschrieben werden. Als „Anreiz zur Arbeitsaufnahme“ kann sechs Monate lang ein Zuschuß gezahlt werden (im Westen ca. 530 DM, im Osten 512 DM). Verweigern Sozialhilfebezieher solche Sklavenjobs, kann ihnen die Sozialhilfe um 25% gekürzt werden. Mehrbedarfzuschläge werden noch einmal gekürzt. Lt. CSU-Minister Seehofer können die Kommunen jetzt 5 Mrd. DM im Jahr „einsparen“.

Was kommt demnächst?

Am 26. August berät der Bundestag in einer Sondersitzung abschließend über das sog. „Sparpaket“ der Regierung. Gleichzeitig berät der Vermittlungsausschuß über noch strittige Passagen der sog. „Beschleunigungsgesetze“, durch die Einspruchsmöglichkeiten gegen große Bauvorhaben weiter eingeschränkt werden. Anfang September endet die „Sommerpause“.

Aufruf

Gegen die nationalen Einheitsfeiern am 3. Oktober in München

Es gibt nichts zu feiern, aber viele Gründe zum Widerstand!

Die Herrschenden in diesem seit 1989 wieder größer gewordenen Land haben hemmungslos alle Nachkriegs-„fesseln“ fallen gelassen. Sie stellen mittlerweile gänzlich unverschämte offene deutsche Großmachtsprüche.

Das deutsche Kapital feiert seinen Siegeszug in der größten Enteignungs- und Demontage-Kampagne seit dem Zweiten Weltkrieg. Dazu hat es den zehntgrößten Industriestaat der Erde plattgewalzt, 80% der Industrie-Beschäftigten arbeitslos gemacht, Millionen Biografien schlichtweg abgewickelt und dabei die 600 Milliarden errechneten Volksvermögens der einverleibten DDR zu 270 Mrd. Schulden veruntreut.

Die Regierung bürdet die Rechnung für diesen Raubzug der Reichen auch noch den Armen und kleinen Leuten auf, und denen, die noch arbeiten „dürfen“, damit sie zahlen und sparen, sich einschränken und bescheiden sollen für bessere Profit-Bedingungen am „Standort“ Deutschland.

Die Reichen erklären Arbeitslose und Kranke, Sozialhilfe-Empfänger und Behinderte zu „Schmarotzern“. Zwecks innerer Mobilisierung und zur Abschottung ihrer Festung müssen andere, noch kleinere und ärmere, rechtlose weil ausländische Leute im wahrsten Sinne des Wortes brennen.

Die Banken und Konzerne fahren angesichts der größten Massenarbeitslosigkeit seit den 30er Jahren die höchsten Gewinne ihrer Firmengeschichte ein. Milliardenprofite füllen ihre Kriegskassen; investiert wird weltweit in verschärfte Ausbeutungsverhältnisse, für den Einkauf unliebsamer Konkurrenten, in weltweite Finanz- und Spekulationsgeschäfte und in Rüstungs- und atombombenträchtige Plutoniumgeschäfte.

Die Patriarchen der konservativen Kehrtwende propagieren ein sexistisches, rassistisches, ein verachtendes Menschenbild, das lesbische und schwule Lebensformen diskriminiert. Er kämpfte Frauenrechte werden gekappt, das Recht auf Selbstbestimmung aberkannt. Dies zeigt sich in der Neuregelung des § 218, im gemeinsamen Sorgerecht im Trennungsfall: Die Sorge den Frauen, den Männern das Recht. Frauenalltag ist geprägt durch sexuelle Übergriffe und Isolation in der Familie. Durch Männerkumpanei in allen gesellschaftlichen Bereichen treffen Verschlechterungen Frauen zuerst und extrem hart.

Die Polizei und Justiz sind nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts mit Unterstützung eines Großteils der Medien dazu übergegangen, die Opfer rassistischer Anschläge, nämlich die Flüchtlinge selber, (so wie in Lübeck) zu Tätern abzustempeln – als Begleitmusik zu deren massenhafter Inhaftierung in Lager oder gnadenloser Abschiebung in die Folterstaaten.

Die Nazis und ihre Ideologie werden sechs Jahre nach der „deutschen Einheit“ mehr und mehr gesellschaftsfähig und bekommen dabei Schützenhilfe von Medien, herrschender Politik, Polizei und Justiz.

Die drittgrößten Waffenexporteure der Welt haben die Nachkriegsordnung aufgekündigt, die Zeiten militärischer Enthaltsamkeit beendet. Seit Genschers einseitiger Anerkennung Sloweniens und Kroatiens und der daraus erst folgenden Anheizung des Balkankrieges, seit Kinkels Schlachtruf „Serbien muß in die Knie gezwungen werden“ soll ein künftiger Einsatz der Bundeswehr zur Durchsetzung des Anspruchs auf „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ nicht mehr nur als Verteidigungspolitische Richtlinie der Hardthöhe denkbar sein.

Der Kanzler drohte bereits 1993: „Die Einigung Europas ist eine Frage von Krieg und Frieden“. Konsequenz übte seine Riege die begehrte Ordnungsmachtrolle als Kern Europas fleißig ein, um den Ruf nach der Notschlachtung Englands hochzuzüchten, oder um den Tschechen Entschuldigungen abzapfen, bevor seine Münchner ein neuerliches Abkommen abschließen.

Der Staat schränkt Grundrechte ein und hebt beispielsweise Meinungs- und Versammlungsfreiheit zunehmend aus. Eine Allianz aus Polizei, Justiz und Geheimdiensten führt einen Generalangriff gegen jegliche grundsätzliche Opposition, gegen alle, die ihre Hoffnung auf eine menschliche Gesellschaftsordnung nicht begraben wollen. Die polizeistaatliche Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer politischer Aktivitäten in treuer deutsch-türkischer Waffenbrüderschaft ist ein Beispiel dafür.

Die Repräsentanten dieses Staates, die Crème de la crème aus Wirtschaft und Politik feiern am 3. Oktober wieder einmal ihre bisherigen „Errungenschaften“ und ihren großdeutschen Traum von einer Weltmacht Deutschland, diesmal in München. Der dritte Anlauf dazu hat 1989 begonnen.

Wir werden den nationalen Einheitsfeiern eine gebührende Antwort geben. Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist dies alles schon längst nicht mehr feierlich. Wir haben tausend und mehr Gründe zum Protest und Widerstand, und rufen daher auf zu einer bundesweiten Gegendemonstration am 3. Oktober in München.

Wer den Aufruf als Erstunterzeichner unterstützen will, sollte sich baldmöglichst wenden an: Münchner Bündnis gegen Rassismus, c/o Klaus Schreier, Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München, Telefon 089-169519, Telefax 089-1689415.

Finanzielle Unterstützung (10 DM für Einzelpersonen und 50 DM für Organisationen mindestens erbeten) sind erwünscht auf das Konto beim Münchner Bündnis gegen Rassismus, Christian Boissevan, Stadtparkasse München, Kto. 71173520, BLZ 701 500 00.

Für eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Cem Özdemir zu dem Gesetzentwurf von B 90/Die Grünen für ein Niederlassungsrecht

Der Arbeitskreis Innen, Recht und Petition der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat ein Papier der Abgeordneten Cem Özdemir, Amke Dietert-Scheuer, Kerstin Müller, Christa Nickels, Gerald Häfner, Rezzo Schaub, Manfred Such und Dr. Antje Vollmer für ein Niederlassungsgesetz gebilligt. Nach Beratung mit Sachverständigen und Verbänden soll der Entwurf ggf. in geänderter Form der Fraktion zur Beschlussfassung vorgelegt und im Bundestag eingebracht werden.

Soll sich die Bundesrepublik als Einwanderungsland verstehen, benötigt sie ein Einwanderungsgesetz? Die Realität ist, daß Deutschland längst ein Einwanderungsland ist, allerdings eines mit einem Gestrüpp von Rechtsvorschriften und Bestimmungen, die Einwanderung eher deregulieren und verschleiern als transparent und berechenbar regeln. Doch kaum ein Politikfeld ist so sehr emotional besetzt wie das der Einwanderungspolitik. Trotz der Tatsache, daß über sieben Millionen Menschen als ausländische Einwohner hier dauerhaft leben, nimmt die offizielle Politik diese Realitäten beharrlich nicht zur Kenntnis. „Einwanderungsland Deutschland? Niemals!“ heißt es aus der CSU, „niemals“ ruft ein Großteil der CDU, „nie“ sagen auch Stimmen aus der SPD. Und gebetsmühlenartig wiederholt Innenminister Kanther sein Credo: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“.

Ebenso wie die Tatsache der vollzogenen Einwanderung ist die Notwendigkeit einer stetigen Einwanderung unbestritten – sagen uns die Bevölkerungswissenschaftler und Ökonomen. Ohne Einwanderung – und die Fachleute nennen dort Zahlen von 300.000 bis 400.000 jährlichem Netto-Zuwachs – kann die

demographische Lücke in Deutschland nicht geschlossen werden.

Schon zur Zeit bleiben gerade genug Einwander/innen auf Dauer hier: „Im Jahr 1994 standen 1.070.000 Zuwanderern – Aussiedlern, Flüchtlingen und MigrantInnen – 740.000 Auswanderer gegenüber – ein Wanderungssaldo von 330.000 Einwander/innen. Der demographische Blick auf das Problem ist nicht der meine, aber es gilt hier, die gesellschaftlichen Kräfte zu benennen, die für eine Einwanderungsregelung plädieren.“

Auch die Wirtschaftswissenschaften sprechen sich für eine Zuwanderung aus. Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln zufolge schrumpft die Zahl der Arbeitskräfte ohne Einwanderung von heute 41 Mio. auf 37 Mio. im Jahr 2020 – verbunden mit einer ungünstigen Entwicklung der Altersstruktur. Migration trägt nicht nur zur Verjüngung bei, sondern stützt auch die sozialen Sicherungssysteme. Ich nenne diese Argumente nicht, weil ich einer allein bedarfsorientierten Einwanderungspolitik das Wort reden will. Es geht mir darum, die oft ideologisch geprägten Vorurteile zu entkräften, die die Schreckensbilder einer Überfremdung und unlösbarer Integrationsprobleme an die Wand malen. Ich will die Probleme, die mit einer Einwanderung verbunden sind, nicht verschweigen – gerade nicht angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen. Man muß sich ihnen aber stellen.

Wir brauchen eine Einwanderungspolitik, die einerseits die Ängste der Bevölkerung ernst nimmt und andererseits Ausländern, die nach Deutschland kommen, Orientierung und klare Integrationsangebote bietet. Wir brauchen eine Einwanderungspolitik, die sozialverträglich gestaltet ist – für die Menschen

hier und für die Menschen, die zu uns kommen wollen.

Es geht uns eben nicht um ein Einwanderungsgesetz als bloßes Instrument, die Zuwanderung stärker an den Interessen dieses Landes auszurichten. Es geht auch immer um die Einbindung der Interessen und Motive der Einwander/innen und deren Herkunftsländer.

Dabei liegt weiterhin die Priorität auf einer menschenrechtlich orientierten Flüchtlingspolitik. Fluchtgründe sind nicht zu begrenzen. Flüchtlinge kann man nicht quotieren – dies widerspricht der Menschlichkeit und verkennt die Realität von Fluchtbewegungen. Die vorgeschlagenen Regelungen zur Einwanderung gelten nicht für Asylbewerber und andere Flüchtlinge. Wir meinen aber, daß es über die Aufnahme von Flüchtlingen hinaus einer geregelten Einwanderung aus kulturellen, humanitären und ökonomischen Gründen bedarf.

Und – last not least – wollen wir die Rechtsstellung der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer verbessern. In Deutschland leben heute über sieben Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der nichtdeutschen Einwohnerinnen und Einwohner an der Gesamtbevölkerung entspricht etwa 8,6%. Die überwiegende Zahl der Ausländer und Ausländerinnen lebt seit mehr als zehn Jahren im Bundesgebiet. Dies ist das Ergebnis eines sich verfestigenden Einwanderungsprozesses.

Wir treten daher für ein Niederlassungsrecht ein, das sich am EU-Recht orientiert: Einwander und Einwanderinnen, die bereits mehr als fünf Jahre in Deutschland leben, erhalten eine Niederlassungsberechtigung. In einer Reihe von Fällen, z.B. nahe Familienangehörige oder anerkannte Asylberechtigte, wird von dieser Frist abgesehen.

Die Berechtigten erhalten – soweit nicht verfassungsrechtliche oder völkerrechtliche Schranken bestehen – die gleichen Rechte wie deutsche Staatsangehörige. Das Gesetz sieht insoweit eine Angleichung an den Status der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger vor. Die wünschenswerte Gewährleistung des aktiven und passiven Wahlrechts kann aufgrund der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts einfachgesetzlich nicht geregelt werden – wird aber von uns angestrebt.

Einwanderungswillige erhalten einen Einwanderungsanspruch, der in einem vom Deutschen Bundestag jährlich festgelegten Umfang eine geregelte Einwanderung ermöglicht. In diese Regelung werden Spätaussiedler integriert, die nach einer Übergangsregelung, mit der der Vertrauensschutz gewährleistet wird, allen anderen Einwanderungswilligen gleichgestellt werden. Ziel des Gesetzes ist demnach nicht die Verringerung von Einwanderung, sondern eine rechtliche Regelung, die Einwanderungswilligen gerade einen bisher nicht bestehenden Anspruch in einem transparenten Verfahren verschafft. Neben dem erweiterten Familiennachzug und der Arbeitsmigration wird eine Aufnahme aus dringenden humanitären Gründen als eigenständiger Einwanderungsgrund anerkannt und prioritär geregelt.

Die Entscheidung über die jährliche Einwanderung wird wesentlich in die Hände des Bundestages und Bundesrates gelegt. Eine jährliche Einwanderungsdebatte unter Beteiligung von Migrations- und Bürgerrechtsorganisationen und Sachverständigen soll transparente Entscheidungsgrundlagen schaffen.

Cem Özdemir (MdB) ist einwanderungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag.

Sondergesetze zum § 218

... und heftiger Widerstand dagegen

„Typisch bayerisch“, so lautet der Grundtenor einer Vielzahl von Kommentaren zum bayerischen Sonderweg bei der Frage der Abtreibung. Also wieder einmal eine „härtere Gangart“ des Staates zusammen mit der katholischen Kirche? Nein, die Auswirkungen sind – wie immer – erheblicher.

Am 1. Oktober werden vielleicht zwei Gesetze inkrafttreten, die die bayerische Staatsregierung am 16. April einstimmig beschloß, am 23. Mai in den Landtag einbrachte und in denen nach 130stündiger Debatte im Landtag und seinen Ausschüssen sowie über 10.000 Petitionen kein Wort geändert wurde.

Das Schwangersenberatungsgesetz schreibt u.a. vor, daß Frauen nur dann einen Beratungsschein erhalten dürfen, wenn sie zuvor die Gründe für einen Abbruch dargelegt haben. Die katholische Kirche hatte angedroht, daß sie ihre Beratungsstellen schließen würde, wenn diese Festlegung nicht reinkommt. Damit wird das Bundesgesetz vom August 1995 torpediert, in dem nach langwierigen Debatten der sog. Allparteienkompromiß geschlossen und auf die Verpflichtung der Beratungsstellen zur Ausforschung der Frau verzichtet wurde. Die CSU erklärt nun schlicht, das Bundesgesetz hätte die Anforderungen

des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des ungeborenen Kindes nicht ausreichend berücksichtigt. „Es gibt kein Selbstbestimmungsrecht der Frau, wenn Leben entstanden ist“, verkündet Sozialministerin Stamm knallhart. Die Partei will offensichtlich provozieren, daß ihre neue Norm vors Bundesverfassungsgericht kommt. Würde dieses keinen Verfassungsverstoß feststellen, hätte das erhebliche Folgen auf gesamter Bundesebene.

Gravierender aber ist das Schwangersenhilfsfinanzierungsgesetz, das u.a. Einrichtungen und niedergelassenen Gynäkologen verbietet, mehr als ein Viertel der jährlichen Einkünfte aus Abtreibungen zu beziehen. Derzeit gibt es in Bayern zwei Ärzte, die auf Schwangerschaftsabbrüche spezialisiert sind. In ihren Praxen werden rund die Hälfte der etwa 10.000 Abtreibungen durchgeführt. Sie bereiten jetzt eine Verfassungsbeschwerde mit 30 weiteren Ärzten in Bayern vor, die von der Nürnberger Rechtsanwältin Christine Roth und den beiden Juraprofessorinnen Monika Frommel (Kiel) und Sybille Rasch (Hamburg) formuliert wird. Keiner dieser Ärzte will die Zulassung für ambulante Abbrüche beantragen: „Niemand wird sich der Gefahr aussetzen, daß seine Wohnung durchsucht wird und er



beiden klagenden Ärzten notfalls Fahrmöglichkeiten zu „grenznahen Einrichtungen“ in Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen organisieren. Verschiedene andere Ebenen mobilisieren die oppositionellen Parteien. Die Landtags-Grünen kündigten einen Gesetzentwurf an, mit dem das Bundesgesetz ergänzt werden soll:

„Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist abschließend geregelt.“ Sie hoffen, daß durch diese Festlegung die bayerische Sonderregelung rückwirkend in sich zusammenfallen muß. SPD und FDP setzen auf eine Normenkontrollklage, für die 30 Prozent im Bundestag stimmen müssen. Das wären 224 Stimmen, 486 Ja-Stimmen gab es beim Bundesgesetz. Dagegen springt die SPD beim bayerischen FDP-Vorstoß für ein Volksbegehren nicht mit auf. „Wir wollen ja nicht, daß das bestehende Bundesgesetz verschlechtert wird“, begründet der bayerische SPD-Fraktionsgeschäftsführer Herbert Müller. Die Liberalen wären besser beraten, wenn ihr Bonner Justizminister Schmidt-Jortzig endlich handle. Anfang September steht die Frage Abtreibung und Selbstbestimmungsrecht der Frau erneut auf der Tagesordnung.

Damit die betroffenen Frauen nicht total darunter leiden müssen, wollen die

(baf)

Ständig wird von „amerikanischen Verhältnissen“ gesprochen. Was genau ist damit gemeint? In den USA sind seit 1990 angeblich mehr als 8 Millionen neue Arbeitsplätze und Beschäftigungsverhältnisse, vorrangig im Dienstleistungsbereich, entstanden. Diese hohe Zahl ringt dem Leser erst einmal tiefen Respekt ab, doch wirft sie gleichzeitig die Frage auf, wie diese Arbeitsmarktregulierung erfolgt ist und mit welchen Arbeitsverhältnissen.

In den USA gab es vor der Clinton-Ära eine immens wachsende Anzahl von Arbeitslosen und Wohnungslosen. Viele von ihnen waren derart arm, daß sie Sozialhilfe beziehen mußten. Clinton schaffte unter einem angeblichen Wohlfahrtskonzept, in dessen Mittelpunkt der Slogan „Arbeit und Gesundheit für

„Working poor“ in den USA ...

alle“ stand, neue Rahmenbedingungen für eine administrative Arbeitspolitik in den USA. Diese Arbeitspolitik zielte vorrangig auf diese sehr armen SozialhilfebezieherInnen und Wohnungslosen ab. Sie wurden in die Lage und unter den Zwang gesetzt, in verschiedenen Arbeitsverhältnissen tätig zu werden. Dazu zählten die allseits bekannten Katastropheneinsätze bei Hochwassern, Stürmen und anderen Naturkatastrophen, aber auch der Einsatz im Handel, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Computerbranche, im Transportwesen, im gesundheitlichen und pflegerischen Bereichen und anderen.

Problematisch an diesen Jobs erscheint jedoch die außerordentlich geringe Bezahlung, die keine sozialversicherungsrechtlichen Absicherungen in der Perspektive für die Betroffenen zuläßt, zumal diese in den USA nur rudimentär vorhanden sind. Es handelt sich hauptsächlich um stundenweise Gelegenheitsjobs bis hin zu Vollzeitverhältnissen. Vor allem im Dienstleistungsgewerbe und im Einzelhandel sind mit 76,1% Anteil Beschäftigte als „working poor“ beschäftigt. 14,9% von ihnen sind sogar vollzeitig tätig.

Werden die nichtexistenzsichernden Gehälter der „working poor“ mit dem Mindestlohn in den USA oder sogar der Sozialhilfe verglichen, ist festzustellen, daß die Löhne und Gehälter der „working poor“ darunter liegen. Die immense Ausdehnung der working poor hat auch Sogwirkungen auf andere Niedriglohnbereiche und auf den sogenannten Mittelstand. Besonders der Mittelstand, in dem sich Familien in den achtziger Jahren gerade noch so über Wasser halten konnten, wird zur Zeit de facto proletarisiert.

... und bald auch in der BRD?

In der BRD vollziehen sich seit 1990 immense und permanente Prozesse der ökonomisch-sozialen Deregulierung unter dem Motto „Standort Deutschland sichern – Alle müssen den Gürtel enger schnallen“. Daß dies von der CDU/CSU-FDP-Koalition durchaus ernst gemeint ist, beweist ihre strategische Politik von Zuckerbrot und Peitsche in den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Seit 1990 gibt es in schnell abwechselnder Folge Veränderungen des Arbeitsförderungsgesetzes und Teilnovellierungen des Bundessozialhilfegesetzes. Zuerst erscheint es zum Beispiel bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen so, als ob die betroffenen Schwestern und Brüder denen aus dem Osten natürlich von ihren Mitteln etwas abgeben, um einen wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern zu ermöglichen. So werden 1990 und 1992 etappenweise die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Westen auf ein äußerst niedriges Niveau herunterge-

Amerikanische Verhältnisse bald auch in der BRD?

Anne Alex über das Sparpaket der Bundesregierung und einige damit verfolgte Ziele

fahren; viele notwendige Projekte und -zusammenhänge werden zerstört. In der selben Zeit wird in den neuen Ländern eine riesengroße Arbeitsförderungs politik vom Stapel gelassen. Noch bis 1994 bestand bei Trägern von ABM, 249h-Maßnahmen und Weiterbildung in Ostdeutschland der Glaube, daß dies eine notwendige, längerandauernde Politik sei, weil die Bundesregierung ihnen durchaus wohlwollend gegenüberstehe. Erst 1996 kommt mit den „Wachstums- und Beschäftigungsgesetzen“ die große Dusche für alle diese Gläubigen: Die Arbeitsförderungsmaßnahmen im Osten sollen auf Westniveau heruntergefahren werden. Das bedeutet die Einbuße von mehr als 350.000 Stellen der ABM, 249h, Fortbildung und Umschulung, der Festoder befristeten Einstellungen der Beschäftigungs- und Weiterbildungsträger. Von vielen wurde jedoch übersehen, daß diese immense Einschränkung der Maßnahmen bereits 1995 mit dem Beschluß über den Haushalt 1996 im Bundestag abgesegnet wurde. Bereits ab Sommer 1995 zeichneten sich Einschränkungen von Ersatzarbeitsstellen durch eine zunehmende Nichtbewilligung von Stellen und Projekten durch die Arbeitsämter bzw. die rigorose Nichtgewährung von Co-Finanzierungsmitteln der Länder ab.

Arbeitsförderungsmaßnahmen werden rigoros gestrichen

Das ist offensichtlich jedoch erst Teil 2 der Spar-Strategie von Bundesregierung und Finanzminister. Unter Slogans wie: „Es ist kein Geld da und die Lohnnebenkosten sind zu hoch“, „Die Rente ist nicht mehr sicher!“ und „Die Sozialversicherungsbeiträge sind zu hoch“ wird eine drastische Demontagepolitik des Sozialstaates gefahren, die sich nicht nur in einem enormen Sozialabbau und unverschämten Leistungskürzungen bei Arbeitslosen und SozialhilfebezieherInnen widerspiegelt, sondern auch in einem Sturmangriff auf grundlegende demokratische und staatlich gesicherte Gesetze, wie auf die 100%-Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, den Kündigungsschutz, die Mitsprache der Betriebsräte bei Personalentscheidungen oder die Vorschriften über befristete Arbeitsverträge. Gleichzeitig schafft die Regierung eine neue Gesetzeslage bei SozialhilfebezieherInnen und Erwerbslosen, die sie in unsichere, kurzzeitige, nicht tarifliche, sondern mies bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zwingt, in denen kein Betriebsrat für sie zuständig ist.

Sehr deutlich wird dies im Sozialhilfe-Reformgesetz, in dem neben den bislang schon existierenden Formen der „Hilfe zur Arbeit“ im §19, jetzt im §20a neue Möglichkeiten wie Leiharbeit, Arbeitnehmerhilfe, Eingliederungsvertrag, zwangsweise Qualifizierung u.a. Beschäftigungsmaßnahmen eingeführt werden. Noch deutlicher erkenntlich wird diese Linie im Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz, nachdem BezieherInnen dieser Leistungen zuerst jährlich konsequent herabgruppiert werden, gleichzeitig aber enorm verschlechterte Arbeitsförderungsmaßnahmen eingeführt werden. Scheinbar wird die Chance für Langzeitarbeitslose, in solche Maßnahmen zu gelangen, größer. Gleichzeitig

werden aber die Zugangsbedingungen für ABM, 249h und Weiterbildung eingeschränkt, bestimmte Gruppen der Langzeitarbeitslosen von der Möglichkeit des Erhalts solcher Maßnahmen ausgegrenzt, aber neue Zwangsinstrumente, wie Trainingsmaßnahmen, Eingliederungsvertrag, Arbeitnehmerhilfe u.ä. eingeführt, um diese Menschen in ihrer schlechten sozialen Situation zusätzlich zu deprimieren und zu schikanieren. Bei beiden Gesetzesvorlagen erhob die angebliche Oppositionspartei SPD nur ein ziemlich leises Geschrei.

Immer mehr zwangsarbeitsähnliche Jobs für arme Leute

Aber der Hauptschlag gegen eine qualitative und den Erwerbslosen noch halbwegs wohlwollende Arbeitsmarktpolitik steht noch aus. Im Bundestag wurde in der letzten Juni-Woche die erste Lesung des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes durchgeführt. Hierin sind die größten Knüller versteckt, die letztlich zu einer Neuauflage der US-amerikanischen „working poor“ in der Bundesrepublik Deutschland führen werden. Eckpunkte sind die Aufhebung der qualitativen Zumutbarkeitsbestimmungen der Arbeit für Erwerbslose, die Neubestimmung der Grenzen der sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten, das Teilzeitarbeitslosengeld, die neuen Vorschriften zur Definition „arbeitslos“ sowie die Einführung von arbeitsmarktpolitischen Zwangsmaßnahmen, wie Trainingsmaßnahmen, Eingliederungsverträge, Arbeitnehmerhilfe bei gleichzeitiger Zurückdrängung und Schlechterstellung von allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, 249h-Maßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen und dem Wegfall der Rechtsansprüche auf Lohnkostenzuschüsse und Berufsberatung. Diese und viele andere Regelungen lassen befürchten, daß erstens viele Betroffene aus dem Leistungsbezug ausgegrenzt werden oder zunehmend in Zwangsmaßnahmen gesteckt werden. Das Arbeitsförderungs-Reformgesetz erscheint sehr deutlich als Arbeitgeberförderungsmaßnahme, welches staatlich gelenkte sinnvolle Arbeitsförderung und soziale Abfederung für von Erwerbslosigkeit Betroffene wirkungsvoll verhindern wird. Und all jene, die aus Leistungsbezug und Arbeitsförderung ausgesteuert werden bzw. in den Sog der Zwangsmaßnahmen angesprochen werden, müssen sich irgendwie existenziell erhalten und werden zu jedem ihnen sich bietenden Strohhalm greifen.

Arbeitskräftepotential für einen ausgeweiteten Billiglohnsektor

In der BRD existieren 1996 ungefähr 5 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse unter 18 Stunden und unter einem Einkommen von 590 DM/500 DM. Diese Beschäftigungsverhältnisse werden durch verschiedene Prozesse und Gesetzeskonstellationen in den kommenden Jahren vermehrt auftreten. Dazu gehört das neue Ladenschlußgesetz bei einer Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Hier werden ca. 34.000 Vollzeitverhältnisse verlorengehen, aber 52.000 neue Beschäftigungsverhältnisse, von denen drei Vier-

tel als geringfügige Beschäftigungsverhältnisse geschätzt werden, geschaffen.

Dazu gehört die zukünftige Regelung im Arbeitsförderungs-Reformgesetz, daß die Grenze der versicherungspflichtigen Tätigkeiten auf 15 Stunden abgesenkt wird. Hierdurch werden alle jetzt zwischen 18 und 15 Stunden arbeitenden ZuverdienerInnen erstens zu HauptverdienerInnen, weil zweitens offiziell arbeitslos. Außerdem kommen all jene hinzu, die mehr als 590 DM/500 DM, aber weniger als 610 DM verdienen, da sie dann ebenfalls nicht mehr als arbeitslos gelten. Sie alle werden bemüht sein, ein weiteres Teilzeitarbeitsverhältnis über 15 Stunden zu gewinnen, bei dem sie in die Sozialversicherungen einzahlen können, um dann vielleicht in den Genuß eines Teilzeitarbeitslosengeldes zu kommen. Diesen Lohnersatz sind sie jedoch ganz schnell wieder los, wenn sie mehr als fünf Stunden in der Woche zusätzlich zu ihrem einen Teilzeitarbeitsverhältnis arbeiten oder mehr als zwei Wochen im Monat.

Werden außerdem noch alle 942.000 Menschen in Arbeitslosenhilfe, die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden mit 1,2 Millionen, die arbeitssuchenden Menschen ohne Leistungsbezug, die späteren ErnteeinsatzhelferInnen, Menschen in Eingliederungsverträgen, gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit oder in schlechtstbezahlten ABM-Arbeitsverhältnissen oder diejenigen, die im Gesundheitsbereich niedrig honorierte Beschäftigungen verrichteten und nun arbeitslos werden, hinzugezählt, so kann in kurzen Zeiträumen mit einer Verdopplung der jetzigen geringfügigen Beschäftigung gerechnet werden.

Im Vergleich dazu ist zu bemerken, daß von den jetzigen rund 38 Millionen Erwerbsfähigen ca. ein gutes Drittel sich in Erwerbslosigkeit (3,7 Mio.), Sozialhilfebezug (3,2 Mio.) oder prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie geringfügige Beschäftigung (5 Mio.), Ersatzarbeitsstellen (900.000), befristeten Arbeitsverhältnissen (2,1 Mio.) befinden - d.h. 14,9 Mio. Menschen. Nicht miteingerechnet sind die Kurzarbeiter, die in Weiterbildung nach 105c AFG befindlichen und die „stille Reserve“. Da tut sich die Frage auf, ob diese Politik der Bundesregierung nicht eine radikale Wende der Arbeitspolitik 2000 bedeutet, die die doppelt freien LohnarbeiterInnen wieder nackt und bloß zeigen werden.

Alternativen

Welche Alternativen stehen gegen diese Entwicklungslinie? Unseres Erachtens gibt es mannigfaltige Reformprojekte von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der PDS. Sie reichen von der Ökosteuer über das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz hin zu den verschiedenen Grundversicherungsmodellen. Die PDS schlägt vier Hauptlinien vor:

1. Eine soziale Grundsicherung gegen Armut und Abhängigkeit für ein selbstbestimmtes Leben,
2. Eine grundlegende Reform des Arbeitsförderungsrechtes,
3. Die Verkürzung der Arbeitszeit,
4. Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

Die Kombination dieser vier Elemente verbindet die Ansprüche zu einer Umverteilung der Arbeit, der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen sowie der Neubewertung der Arbeit mit einem radikalen Umbau der Besteuerung von privaten und betrieblichen Vermögen, mit der Ausweitung der versicherungspflichtigen Arbeit und mit einem zusätzlichen Beitrag der Unternehmen, einer Wertschöpfungsabgabe.

Anne Alex ist Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe.
(Zwischenüberschriften von d. Red.)



„Zukunftskrieger“, PR-Foto des Pentagon

USA: VERSCHÄRFTE ANTI-TERRORISMUS-GESETZE VERTAGT - FÜR WIE LANGE?

Gleich nach dem Absturz des TWA-Flugzeugs über dem Atlantik bei Long Island lenkte die Presse den Verdacht auf „internationalen Terrorismus“. Genauso schnell war die Presse nach dem Bombenanschlag in Atlanta dabei, die Erinnerung an die Olympischen Spiele 1972 in München aufzuwärmen. In beiden Fällen haben die Untersuchungen bis jetzt keinen Hinweis auf Verbindungen zu „terroristischen Vereinigungen“ geliefert und schon gar nicht zum „internationalen Terrorismus“.

Dennoch hat Präsident Clinton die Gelegenheit benutzt, auf internationaler Ebene seine Forderungen nach Boykott von Iran, Libyen und Kuba als „Staaten, die Terrorismus unterstützen“, zu intensivieren.

Die internationalen Verbindungen erwiesen sich in beiden Fällen sehr bald als nicht haltbar, und die Presse stürzte sich auf „einheimischen Terrorismus“. Jedoch auch dafür gibt es bis jetzt keine Anhaltspunkte. Zur Zeit ist das vom FBI konstruierte Charakterbild des Bombenlegers von Atlanta das eines verrückten Einzelgängers, der Beachtung sucht, und der einzige Verdächtige scheint in dieses Klischee zu passen.

Dennoch hört die Presse nicht auf, sich über Terrorismus auszulassen. Präsident Clinton hat gleich am Tag nach dem Atlanta-Attentat versucht, die Initiative in Sachen „Antiterrorismus“ an sich zu reißen, schon um seinem konservativen Konkurrenten Dole das Wasser abzugraben.

Er hat die Führer der im Kongreß vertretenen Parteien zu sich ins Weiße Haus eingeladen, um eine große Koalition gegen das heraufbeschworene Gespenst Terrorismus zu schmieden. Zur gleichen Zeit gab der erzkonservative Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich in einem Fernsehinterview bekannt, daß ein Komitee des Repräsentantenhauses schon an einer Gesetzesvorlage arbeitet.

Gingrich forderte eine mehr vorausschauende Überwachung. Man könne wahrscheinlich kaum eine einzelne oder zwei Personen stoppen. Aber, sagte er, man habe mit besserer Überwachung eine höhere Chance, organisierte Gruppen zu stoppen. In die gleiche Richtung ging Clintons Forderung, dem FBI ungehinderten Freiraum für Abhören von Telefonen und anderen Kommunikationsmitteln zu geben. Eine weitere For-

derung Clintons ist die chemische Markierung von Explosivstoffen durch die Hersteller. Diese Maßnahmen hatte Clinton schon letztes Jahr in Gesetze einzubauen versucht, die der Kongreß nach dem Attentat auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma City mit 168 Toten in Windeseile verabschiedet hatte. Damals wie heute ist die Bourgeoisie nicht für mehr Abhörfreiheit für den FBI. Die Befürchtung ist, daß die Überwachung durch den FBI nicht auf die Gegner der Bourgeoisie beschränkt sein würde. Diese Befürchtung hat sich seit letztem Jahr öffentlich bestätigt in dem Skandal um die ausgedehnten FBI-Dossiers über republikanische Mitglieder des Kongresses, die dem Weißen Haus auf Anforderung anstandslos ausgehändigt wurden.

Die Sprengstoffmarkierung lief beidemal auf Grund, weil die National Rifle Association (NRA) ganz entschieden gegen alles angeht, was den freien Umgang ihrer Mitglieder mit Feuerwaffen und Munition beeinträchtigen könnte. Die NRA ist eine einflußreiche Organisation und unterstützt eine Menge von konservativen Abgeordneten und Senatoren im anstehenden Wahlkampf freigiebig mit Geld. Der Kongreß ist in die Sommerferien gegangen, ohne etwas in dieser Angelegenheit zu verabschieden, und es ist unwahrscheinlich, daß die Abgeordneten nach den Sommerferien etwas anderes als ihre Wiederwahl und gutes Benehmen gegenüber ihren Geldgebern im Sinn haben.

Das Stranden der beiden Forderungen Clintons heißt nicht, daß die als Terrorismusbekämpfung verkaufte Ausdehnung der Überwachung vom Tisch ist. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß die Terrorismusdebatte genau zu dem Zeitpunkt hochgespielt wird, als Kongreß und Regierung sich nach langem Hin und Her auf ein Gesetz zur Abschaffung des Anspruchs auf Wohlfahrtsunterstützung und Einschränkung der Mittel geeinigt haben. Damit ist eines der letzten Sozialgesetze des „New Deals“ des Demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt beseitigt. Der Gleichschritt der Abschaffung von (in Clintons Worten) „Wohlfahrt wie bisher“ und Gedanken zur besseren Überwachung „terroristischer Vereinigungen“ zeigt, daß sich die Bourgeoisie doch Sorgen um die Erhaltung des „sozialen Friedens“ macht.

(ger, her)

Der Neuaufbau der Ersten Nationen und seine ideologische Bedeutung für Kanada

Von Georges E. Sioui

Die Rede von Georges Sioui auf der jährlichen Tagung der Gesellschaft für Kanada-Studien wurde von Michael Friedrichs ins Deutsche übersetzt.

Zusammenfassung

Ich und andere haben festgestellt, daß Euroamerika seinen ideologischen Krieg gegen die ursprünglichen Nationen Amerikas verloren hat. Aber deswegen ist der physische, sozio-ökonomische Krieg gegen die Amerindianer keineswegs beendet – er findet weiterhin statt. Schon bloßes Überleben ist für jede ursprüngliche Nation auf dem Kontinent immer noch ungewiß. Den Ersten Nationen in Kanada geht es nicht anders. Jedoch ist heute eine Umweltbewußte – und tatsächlich auch Überlebensbewußte – Menschheit nicht mehr blind oder gleichgültig gegenüber dem, was der Erde und ihren lebenswichtigen Ressourcen zugefügt wird, die die Menschheit braucht, um zu überleben und zu gedeihen, und was den verbliebenen Völkern der Erde zugefügt wird, die keinen Anteil an der Negativ-Evolution hatten, die jetzt eine globale Bedrohung für das Leben auf der Erde darstellt. Das bedeutet, die Körperschaft Kanada (vielleicht mehr als andere euroamerikanische Nationalstaaten, weil Kanada einen sauberen Ruf genießt) muß sich weit Plausibleres einfallen lassen, um die Ersten Nationen Kanadas, Kanadas Bürger und die Welt davon zu überzeugen, daß seine Sorge um Umwelt und die Erd-Völker real ist.

Heute gilt es in Kanada unter Politikern als politisch sehr korrekt, davon zu reden, daß die Rechte der Ersten Nationen auf Selbstregierung anzuerkennen sind. Während eine solche Anerkennung lange überfällig ist, legt der derzeitige politische Diskurs in Kanada mit seinem fast besessenen Beharren auf Kürzung von Sozialprogrammen den Ersten Nationen mit Macht den Gedanken nahe, daß ihre Selbstbestimmung schnell Gestalt gewinnen muß, und zwar zu einem möglichst niedrigen Preis für Kanada, denn der Geldfluß wird sehr bald versiegen, vielleicht innerhalb von Tagen.

Wie kann man ernsthaft eine ganze Zivilisation, die jahrhundertlang unter der Wucht von Unterdrückung, Armut und Unbildung zerdrückt wurde, dazu aufrufen (in durchaus freundlichem und großzügigem Ton), sich der Herausforderung der Selbstregierung zu stellen, in einem Land, dessen Kultur die Weltanschauung der Ersten Nationen und der eingeborenen Völker insgesamt einfach nicht akzeptiert? Hierin liegt offenbar auch eine Herausforderung für Kanada und alle Kanadier. Der Neuaufbau der Ersten Nationen in Kanada ist nicht als die punktierte wirtschaftliche Parade denkbar, die Kanada sich derzeit wünscht. Das wird vielmehr ein Prozeß der gegenseitigen Umerziehung sein müssen, der sich über zumindest zwei Generationen erstreckt, und zwar gleichgültig, ob eurokanadische Regierungen imstande sind, das Geld dafür zu finden oder nicht – in dem Land Kanada, das zuerst und vor allem ein Land der Ersten Nationen ist. Die Folgerungen sind sehr tiefgehend.

Zunächst möchte ich im Namen meines Sioui-Clans und meines Wendat-Volkes, im Namen meiner Kollegen und unserer Studenten und Ältesten des Indianischen Bundes-College von Saskatchewan die Deutschen und andere deutschsprachigen Völker und ihr Land grüßen und ihnen die herzlichsten Glück- und Segenswünsche im Großen Kreis der Völker unserer Mutter Erde übermitteln.

Aus irgendeinem Grund hatte ich das sichere Gefühl, daß diese Konferenz eine besondere, positive Wirkung für die Verwirklichung von Gerechtigkeit für die kanadischen Ursprungsvölker haben wird, weil sie selbst und eine wachsende Zahl nicht-eingeborener Kanadier sehen, daß das geschehen muß. Ich glaube, der Grund für diese Hoffnung ist, daß diese Konferenz mit sehr hoher und ernsthafter Reflexion über dieses sehr aktuelle und emotionale kanadische Thema in einem Land stattfindet, in dem wir Ureinwohner wissen, daß uns ein echtes Gefühl der Solidarität umgibt. Wir wissen sowohl durch Intuition wie Erfahrung, daß die Deutschen insbesondere, aber auch allgemein viele europäische Völker unsere Weltanschauung und unsere Art zu leben wirklich schätzen. Das gibt uns kanadischen Ureinwohnern und den Ureinwohnern allgemein ein gutes Gefühl, wenn wir uns in der Gesellschaft von Leuten wissen, die sich nicht von uns bedroht fühlen, nur weil wir das Leben anders angehen und deshalb anders leben wollen. Es tut wirklich gut, zu spüren, daß der Gegenüber, das andere Volk nicht die Ladung von schädlichen negativen Einstellungen uns gegenüber mit sich trägt, sondern imstande ist zuzuhören und auf uns zu reagieren, so wie wir es alle können sollten, als Mitglieder und unter Mitgliedern derselben Menschenfamilie. Darum betone ich noch einmal meine herzliche Dankbarkeit gegenüber allen, die diese Begegnung von Herzen, Hirne und Seelen in diesem wunderschönen Teil des deutschen Mutterlandes zustandegebracht haben.

Mein Volk, die Huron-Wendat

Mein Name ist Georges Paul Emery Sioui. Zur Zeit des Kontakts mit den Europäern stand mein Volk der Wendat-Konföderation seit mehreren Jahrhunderten im Zentrum der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Welt eines weiten Konglomerats von Nationen im nordöstlichen Nordamerika. Ich stamme in beiden Linien von einer Reihe erblicher Häuptlinge ab, die in der Geschichte eine wichtige Rolle in der Verteidigung und Vertretung unserer und vieler anderer Nationen im Nordosten gespielt haben. Mein Name Sioui bedeutet: Die von der Aufgehenden Sonne. Wir führen unsere Anfänge auf den Großen Schildkröten-Clan zurück. Mein Clan-Name Wendayete (Der eine Insel auf dem Rücken trägt) bezieht sich auf unseren Glauben, der von vielen Ureinwohnern in Amerika und anderswo in der Welt geteilt wird, daß die Erde von der Großen Schildkröte getragen wird, die am Anfang anbot, auf ihrem Rücken Aataentsic die Himmelsfrau zu empfangen, die anschließend die Erde erschuf.

Diese Erde nennen wir deshalb re-

spektvoll Die große Insel auf dem Rücken der Schildkröte.

Frankokanadische Geschichte

Die Franzosen hatten nach etwa einem Jahrhundert der Erforschung des Golfs des Sankt-Lorenz-Stroms und des Flusses selbst – eine Zeit, die der sie sie bewußt schwere Desorganisation in die Gesellschaften der Ureinwohner trugen – genügend Kenntnisse über die Geopolitik der Ureinwohner, um zu entscheiden, daß sie das Zentrum ihres geplanten amerikanischen Kolonialreichs in dem von der Wendat-Konföderation bewohnten Land errichten mußten. Die Wendat selbst nannten ihr Land „Wendake“. Die Franzosen nannten es „Huronie“. Der Jesuit Charlevoix, der Begründer der traditionellen kanadischen Geschichtsschreibung, schrieb 1744 unter Bezugnahme auf die Wirtschafts- und Militärpolitik von Samuel de Champlain, dem Gouverneur der jungen Kolonie Québec: „Er (Champlain) wollte mittels der Huronenmissionierung den Weg bereiten für die Einrichtung, die er in ihrem Land gründen wollte, einem Land, das sehr günstig für Handel ist und von wo Entdeckungen bis in die äußersten Grenzen von Nordamerika vorgetrieben werden könnten.“ – „Die Missionare“, so schreibt Charlevoix im gleichen Kapitel seiner *Histoire du Canada*, „waren überzeugt: Wenn sie das Zentrum ihrer Missionen in einem Land (Wendake) errichten würden, das zugleich das Zentrum Kanadas war, dann würde es ein leichtes sein, das Licht des Evangeliums bis zu jedem Punkt auf diesem großen Kontinent zu tragen.“

Nur zwanzig Jahre später war das Land Wendake – „Zentrum von Kanada“ und Heimat von mindestens 30 000 Wendat, von heutigen Wissenschaftlern üblicherweise als die politisch entwickeltste und wohlhabendste Nation von Ureinwohnern im nordöstlichen Nordamerika der Ureinwohner bezeichnet – zerstört, die verbliebene Bevölkerung (etwa 6 000) war vertrieben. (Die meisten von diesen wurden in benachbarten Nationen eingebürgert. Zwei Gruppen haben bis heute die Wendat-Identität bewahrt, eine im Staat Oklahoma und eine in der Provinz Québec.)

1632 erschien die Kongregation der Jesuiten mit großem Aufgebot in Wendake, um an die Stelle der beschaulichen und politisch weniger in Gunst stehenden Franziskaner zu treten. Zu dieser Zeit begann die gravierende Entvölkerung der Wendat (und zu einem geringeren Teil von benachbarten Nationen und Konföderationen) durch Epidemien sowie durch eine weitgehende Verschärfung der Kriegsführung, zum großen Teil auch durch bewußte politische Manipulation eben dieser Missionare. Das schwerwiegendste Ergebnis war das Entstehen von zwei einander bekämpfenden Fraktionen christlicher und konservativer Wendat. Dieses Phänomen führte dazu, daß der Widerstand der Wendat gegen den Angriff ihrer irokesischen Feinde gelähmt war, die es darauf anlegten, sich an ihre Stelle zu setzen und sie in ihre Gesellschaft einzugliedern. Die Irokesen, die ebenfalls im verzweifelten Kampf ums Überleben standen, hatten das Glück, europäische Verbündete zu finden, die Holländer, die die religiöse Bekehrung nicht zur Vorbedingung des Handels machten und deshalb ihre irokesischen Verbündeten realistisch bewaffneten. Es überrascht nicht, daß die Holländer, obwohl sie von viel weniger eingeborenen Verbündeten unterstützt wurden, die unentschlossenen, politisch weniger fortschrittlichen Franzosen der damaligen Zeit besiegten. Das bekannte Ergebnis ist, daß die Europäer Reiche auf amerikanischem

Boden errichteten und ausbauten, während die Mehrzahl der ursprünglichen Bevölkerung auf dem großen kolonialen Scheiterhaufen umkam.

Wenn man sich mit dem Gebiet des Studiums der Ersten Nationen befaßt, in Kanada oder anderswo, dann ist es wichtig, sich darüber im klaren zu sein, wie die koloniale Landnahme begann. Ich sage das nicht, um Leute zu verurteilen, die ohnehin lange tot sind, sondern um zu prüfen, in welchem Umfang, wenn überhaupt, eine positive Entwicklung der Mentalität stattgefunden hat und weiter stattfindet. Falls dies der Fall wäre, könnten wir mit berechtigtem menschlichem Stolz die Geschichte in den Büchern ruhen lassen und nur zu Rate ziehen, um uns und anderen zu zeigen, wie weit wir es seit damals gebracht haben. Die Franzosen haben in Kanada eine sehr selbstgerechte Geschichte über sich und über die Geschichte ihrer Beziehungen zu den Ersten Nationen geschrieben, das wissen wir als Mit-Gestalter von Kanada. Historisch sind es jedoch sie, die im Vergleich mit anderen europäischen Nationen den größeren Anteil am Umsturz der von den ursprünglichen Nationen und Konföderationen herausgebildeten und erhaltenen Gesellschaftsordnungen hatten, die die demographische und politische Kraft des Eingeborenlandes darstellten, das zuerst Kanada genannt wurde. Gibt es heute noch eine einzige Seele auf der Erde, die von sich behaupten kann, direkter Abkömmling der Erie, der Atti-wandaronk oder der Tionontate zu sein oder von so vielen starken und gedeihenden Eingeborenennationen aus dem Gebiet, das heute Quebec und Ontario ist, wo die Franzosen beschlossen, ihre „Missionen“ und „Einrichtungen“ zu errichten? Nein. Keine einzige. Sie sind alle verschwunden, meist unter der wohlwollenden „Besser als die verdammten Engländer“-Herrschaft der Franzosen. Und welches Schicksal hat die derzeitige politische Führung von Québec für die in „ihrem“ erträumten Land Québec für die dort verbliebenen Ersten Nationen vorgesehen? Sie versprechen, daß „ihre“ Ersten Nationen vollständig gleichbehandelt werden wie alle anderen Québécois. Wo ist also hier eine positive Evolution? Oder sind die Begriffe von Evolution und Verschwinden der Erd-Völker und Erdwelt gleichbedeutend? Es gibt überwältigende Beweise, daß sich unter einer unveränderten eurozentrischen Herrschaft nichts wirklich verändert.

Englisch-kanadische Geschichte

Und wie sieht das nicht-französische Kanada unter diesem gleichen Prisma der historischen Evolution in Beziehung auf Erdbevölkerung und Erdwelt aus? Historisch hatten es die Angelsachsen leichter als die Franzosen, in dem Sinn, daß sie sich mit der Zeit die besten wirtschaftlich nutzbaren Landstriche in Ostkanada (vor allem in Südontario) sichern konnten, die nach der unter der französischen Herrschaft stattgefundenen Zerstörung und Vertreibung der großen Nadouek- (oder Irokesen-)Föderationen und ihrer ebenfalls zahlreichen Algonkin-Verbündeten und denen, mit denen sie wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhielten, weitgehend unbevölkert waren. Die Angelsachsen festigten schnell ihre Stärke, gestützt auf diese reiche territoriale Basis, wandten sich dann nach Westen und fuhren fort, mit zunehmender Geschwindigkeit und Leichtigkeit die ursprünglichen Nationen westlich der Großen Seen bis hin zum Pazifischen Ozean zu enteignen. Verträge wurden von sehr zerrütteten Nationen unterzeichnet, die um das nackte Überleben fürchteten, das sie dennoch meist nicht

einmal verteidigen konnten. Diejenigen, die überlebten, wurden in Reservate geworfen, unter der Aufsicht von regierungsamtlichen Vormündern, die auf der Basis tiefverwurzelter Kolonialmentalität ausgewählt wurden, sowie von Missionarsorden, den geistigen Konzipierern und Abseignern dieser Kolonialmentalität. Viele ursprüngliche Nationen und Menschen im Westen, vor allem im Norden, leben immer noch unter dieser krassen Kolonialherrschaft, und sie fürchten um ihr bloßes Überleben, während ich hier zu Ihnen spreche. Die Ersten Nationen östlich der Provinz von Québec machten genau die gleiche Erfahrung wie die in Französisch-Kanada: zunächst sehr massive Destabilisierung durch epidemische Entvölkerung und neue Formen und Dimensionen der Kriegsführung, die mit europäischen Kämpfen um die Vorherrschaft verknüpft waren, gefolgt von Jahrhunderten der strengen Kolonialherrschaft, bis zur Gegenwart, in der Kanada als ganzes in seinem neuen eiligen Bestreben, an die Reichtümer des Nordens zu kommen, die letzte Grenze, und die zunehmend spürbare Last der Fürsorge für seine indianischen Mündel abzuwerfen (die zu lange brauchen, um sich zu assimilieren, wenn sie es je tun sollten), sich fähig zeigt, überzeugende öffentliche Bekenntnisse von vergangener Schuld gegenüber ursprünglichen Völkern abzulegen, und sich auf die Suche nach ursprünglichen Führern zu begeben, die zornig und tapfer genug sind, die edle Herausforderung einer „Selbstregierung“ zu übernehmen, und zwar jetzt!

Unser umgestürztes Land

Wendat-Führer sollen laut den Aufzeichnungen der Jesuiten in ihren berühmten Relations von 1630 oft die Anstrengungen der Franzosen und anderer Europäer als einen angestregten, systematischen Versuch bezeichnet haben, „das Land umzustürzen“. Und kann es Sie überraschen, meine lieben Freunde, zu hören, daß dies die einzige Art und Weise ist, wie wir die Geschichte unseres Landes ehrlich betrachten können, seit die Europäer ankamen? Die Worte und Gefühle dieser Wendat und unserer anderen amerindianischen Vorfahren hatten und haben immer noch den gleichen Klang von bewegender Wahrheit in unseren Herzen wie damals in den ihren.

Dieses Gefühl, unser Land zu betrachten als etwas, das von Franzosen, Engländern und anderen auf den Kopf gestellt wurde, ist zugleich ein trauriges und fröhliches Gefühl. Denn während es uns ständig an all das Leid, die Brutalität und Sinnlosigkeit erinnert, die wir in unserer Geschichte des Kontakts mit Kolonialeuropa gesehen und erlebt haben, hält es auf der positiven Seite unser Bewußtsein dafür wach, wie die Dinge sein sollten, das heißt, unsere doppelte Verantwortung dafür, einerseits nicht auf die falschen körperlichen und geistigen Strukturen hereinzufallen, die uns umgeben, und andererseits unsere Führungsaufgabe wahrzunehmen und den Stand der Dinge zu verändern und, indem wir unser Land wieder vom Kopf auf die Füße stellen, also die Tätigkeit und Würde unserer Vorfahren wiederherstellen, zum Nutzen und zur Wohlfahrt der kommenden Menschengenerationen.

Haben denn wir kanadische Ureinwohner in Wahrheit irgend eine Hoffnung auf Wiedererrichtung unserer eigenen Idee von Ordnung in unserem eigenen Land, und wie? Wie können wir auch nur daran denken, uns gegen die Übernahme der kanadischen Ideen von Wahrheit, Gerechtigkeit und Ordnung zu sträuben, wenn jeder in unserer Um-

gebung die ganze Zeit ruft, wir sollten aufgeben, es sei sinnlos, „an der Vergangenheit festzuhalten“, wir müßten in der Wirklichkeit leben, und die Gesellschaft, das Leben, die Welt würden gut und fair zu uns sein, wenn wir nur an etwas außerhalb von uns glauben, weil wir außerhalb von Leben und Wirklichkeit, außerhalb der Geschichte seien.

Die Lehren unserer Ältesten

Aber unsere Weisen haben uns, ihren Nachkommen, immer gesagt, so wie wir es unseren Kindern gegenüber wiederholen: „Unsere neugekommenen Verwandten mißhandeln die Erde. Sie erkennen nicht, daß die Erde unsere Mutter ist. Sie sind mit schädlichen Gewohnheiten hergekommen. Aber sie können nicht dauerhaft so weitermachen, wie sie sich jetzt benehmen. Eines Tages, und zwar bald, müssen sie damit aufhören, aus Angst vor den Folgen von dem, was sie angerichtet haben. An dem Tag werden sie zu uns kommen und uns um Hilfe bitten, weil sie wissen, daß wir das Leben besser verstehen als sie. An dem Tag werden sie und wir beginnen als Verwandte zusammen zu leben. Nicht nur werden wir von ihnen lernen, sondern sie werden auch von uns lernen. Aber wir werden die älteren Brüder und Schwestern sein, denn wir kennen dieses Land, unsere Mutter, und haben darauf und davon gelebt, seit es von unserem Vater, dem Großen Geist, und all seinen weiblichen und männlichen Helfern geschaffen wurde, die wir unsere Großmütter und Großväter nennen.“ Und vor kurzem haben unsere Weisen zu uns, ihren jüngeren Verwandten, auch gesagt: „Diese Zeit, von der wir erfahren, daß unsere neuangekommenen Verwandten zu uns kommen würden und uns bitten würden, ihnen unsere Art beizubringen, ist jetzt gekommen. Laßt uns so fest wie nur je an unserer Art festhalten, an unseren geistlichen Traditionen, unseren Sprachen, und laßt uns eifrig all die guten Kenntnisse, die sie haben, studieren und uns aneignen. So wird unser Volk wieder in die Lage kommen, eine leitende Stellung in unserem Land einzunehmen. So werden wir dazu beitragen, eine bessere, glücklichere, sicherere Welt für alle zu schaffen, und unsere neuangekommenen Brüder und Schwestern werden uns dabei helfen, mit ganzem Herzen, mit Kopf und Seele. Wenn wir alle wissen, wie wir Respekt für das Leben zeigen müssen, und wenn wir alle verstehen, daß das gesamte Leben eine Familie ist, dann wird es nicht mehr nötig sein, daß andere wegen ihres Andersseins diskriminiert werden, oder andere Lebewesen zu mißhandeln, weil sie keine Menschen sind. Wir werden die Mittel für Frieden, Ordnung, Gerechtigkeit und Harmonie gefunden haben. Das war der Traum und die Vision unserer Vorfahren, die uns unsere heiligen Zeremonien, unsere heilige Trommel, unsere heilige Pfeife und unseren heiligen Kreis hinterlassen haben.“

Der Kreis

Der Kreis steht im Mittelpunkt unserer Urbevölkerungs-Denkens. Wir lernen bereits in früher Jugend, daß das Leben ein großer Kreis von Beziehungen zwischen allen Wesen ist: Menschen, Tiere, Pflanzen, Steine, Wasser, Luft, Geister, Erde, Himmel, Sonne, Mond, Sterne, Planeten, alles. Wir glauben, daß der Tag, der Mondmonat, das Jahr, selbst das menschliche Leben kreisförmige Erscheinungen sind, und daß es Zyklen von vielen Jahren gibt, die die kreisförmige Wirklichkeit wiedergeben. Wir glauben ferner, daß alle kreisförmigen Erscheinungen vier Teile oder Bewegungen haben: Frühling, Sommer, Herbst und Winter; Morgen, Mittag-

Abend und Nacht; Kindheit, Jugend, Reife und Alter, usw. Auch sind die meisten Dinge in der Natur rund oder gerundet; Pflanzen, Bäume, Früchte, Samen, Gemüse, die Körper von Menschen und Tieren, die Nester von Vögeln, ihre Eier, kurz, fast alles ist rund.

Das Denken: kreisförmig oder linear

Wir glauben, daß unser kreisförmiges Denken in Harmonie mit der Ordnung der Schöpfung steht und daß das Denken, das die Europäer in unser Land mitbrachten, so zerstörerisch für das Leben war, eben weil es sich nicht in Harmonie mit dem Kreis des Lebens befindet. Wir nennen ihr Denken linear und glauben, daß es sich antithetisch zu unserem verhält. Wir erfahren auch von unseren Weisen, daß alle menschlichen Gesellschaften aus einer Tradition des Kreisförmigen kommen – denn Leben kann nur aus dem Kreis entstehen –, daß aber einige Gesellschaften wegen besonderer Einengungen und Erfahrungen, die sie in ihrer Geschichte erfahren haben, aufgehört haben zu wissen, daß das Leben ein universaler Kreis von Beziehungen ist, und begonnen haben zu glauben, Leben sei ein evolutionärer Prozeß, der einer Geraden folgt. Solche Gesellschaften haben viel von ihrer spirituellen Wahrnehmung des Lebens verloren und diese Entwicklung kompensiert, indem sie ding- oder besitzorientiert wurden. Es wird auf bestürzende Weise immer offensichtlicher, daß diese Veränderung der Ideologie Konsequenzen hat, die ebenso glücklich sind für die wenigen, denen es gelingt, an der Macht zu sein, wie sie unglücklich sind für die sehr vielen, die von jeder Macht ausgeschlossen sind. Der Hunger nach Besitztümern wird in linearen Gesellschaften typischerweise schrankenlos, wegen der geistlichen Entfernung, daher die Gleichgültigkeit von Machteliten gegenüber anderen Wesen, menschlichen wie nicht-menschlichen, die ihren Interessen entgegenstehen oder durch ihre Ausbeutbarkeit ein Interesse verkörpern, und auch, weil „religiöse“ Ideologien immer zur Hand sind, um die grenzenlose Aneignung von Eigentum durch die Eliten zu sanktionieren. Es sind nicht nur die Menschen, die dann entweder Besitzer oder Eigentum werden, sondern auch, und das ist offensichtlich, andere nicht-menschliche Wesen, die früher heilig waren und daher, mit gleicher Würde begabt wie die Menschen, zu bloßem materiellem Besitz werden, der nach den Bedürfnissen oder Launen des Eigentümers benutzt oder zerstört wird.

Nun kann niemand ernsthaft bestreiten, daß die natürliche Welt, von der wir Menschen abhängig sind, wenn wir atmen und leben wollen, nicht viel mehr von dem Mißbrauch ertragen kann, der durch das lineare Denken des Menschen verursacht wurde. Was uns, die Urbevölkerung, betrifft – und Kreisdenker ganz allgemein – so sind wir uns mehr denn je bewußt, daß die alte Vision der Urbevölkerung wahr wird, d.h. wir werden sehr bald eine wichtige Rolle in der Aktualisierung eines geistlichen Bewußtseins in der Welt über das Leben und den Platz des Menschen im Großen Kreis spielen. Wir gewinnen daraus starke Zuversicht, aus der Tatsache, daß wir eine große Fähigkeit zur spirituellen Einigung besitzen, weil unsere eigenen spirituellen Traditionen begonnen haben, ihre alte Kraft zurückzugewinnen. Das schützt uns vor religiösen und politischen Spaltungen, den beiden Hauptübeln, die Menschen innerhalb und zwischen sozialen Einheiten spalten und es destruktiven, repressiven Systemen ermöglichen, an der Macht zu bleiben. Wir, die Urbevölkerung, sind

vielleicht in isolierten Orten überall in unserem Land zerstreut und scheinen uns durch sehr verschiedene Sprachen und kulturelle Ausdrucksformen zu unterscheiden, aber wir sind wahrscheinlich das am meisten vereinigte „Volk“ auf der Erde, weil wir eine geistliche Einheit besitzen: Wir alle verstehen den Kreis. Was unsere Hoffnung noch verstärkt, ist die Tatsache, daß viele sogenannte Nicht-Urbevölkerungs-Menschen sich uns jeden Tag anschließen, weil sie auch an den Kreis glauben. Wir Urbevölkerungs-Kanadier wissen zufällig, daß wichtige Teile der Deutschen und deutschsprachigen Völker kreisförmig denken, ebenso wie wir. Wir wissen daher, daß wir eine wichtige, bevölkerungsstarke Schwesternation hier in Deutschland haben, und andere in der Nähe hier und anderswo in Europa und in der Nicht-Urbevölkerungs-Welt. Also schwindet unsere Anzahl nicht, wie es viele immer noch glauben: sie wächst. Aber das ist unser Geheimnis.



Eine Urbevölkerungs-Perspektive für Kanada

Kanada kann am heutigen Punkt seiner Entwicklung nicht als Beispiel dienen für ein Land, das seine Ersten Nationen fair behandelt oder sie ernstnimmt. Seine Vergangenheit ist zu eindeutig kolonial, das heißt, der durchschnittliche Kanadier, vor allem wenn er zum alten Schrot und Korn gehört, ist in seiner oder ihrer Sicht der Ersten Nationen durch eine Fülle von Einbildungen über „Indianer“ behindert, die aus mehreren Generationen kolonialer Schulbildung und gesellschaftlicher Konditionierung stammen. Ich glaube jedoch, daß ein eindeutig positiver Charakterzug von Kanada – trotz seines starken Kolonialerbes – daher kommt, daß das grundlegende Urbevölkerungsrecht seiner Ersten Völker innerhalb der kanadischen Grenzen unvergleichlich besser überlebt hat als in jedem anderen euroamerikanischen Nationalstaat, besonders im Vergleich mit den Vereinigten Staaten. Die Kanadier haben geschichtlich weniger Unterdrückung ausgeübt und haben daher heute keine so dreiste und anmaßende Haltung wie ihre südlichen Nachbarn, was ihr Recht auf Eigentum

und Nutzung der Erde betrifft. Die kanadische Haltung gegenüber dem Land ist von Schüchternheit und Ehrlichkeit gekennzeichnet, die sich herleiten aus einem unlegbar stärkeren Fortbestehen des ursprünglichen Rechtstitels der Urbevölkerung, als dies fast überall sonst in der Kolonialwelt der Fall war. Nach meiner Überzeugung würde Kanada ebenso uncharmant, arrogant, aggressiv und schamlos wie die meisten anderen Länder mit kolonialer Vergangenheit werden, wenn es diesen Charakterzug auslöschen, d.h. gesetzlich abschaffen würde.

Aus diesem und anderen Gründen – dazu gehört auch, daß das Urbevölkerungs-Kanada eine zunehmende Anzahl von Unterstützern außerhalb seiner Grenzen hat – bin ich der Überzeugung, daß Kanada der richtige Ort ist, wo Sie, liebe Freunde, und wir und andere im Weltmaßstab einen Platz des wahren Respekts und der Verantwortung gegenüber der Erd-Völker und Erdwelt schaffen können. Drei wichtige

Elemente wirken darauf hin, daß diese Möglichkeit besteht: Erstens ist Kanadas Erdwelt nicht unumkehrbar durch lineares Denken zerstört – es ist noch immer ein schönes, wunderbares, ursprüngliches und sehr sehr weites Land; zweitens gehört das kanadische politische System nicht zu den direkt repressiven; im Gegenteil glaube ich, daß es von all den Ländern mit kolonialer Vergangenheit zu den offensten und respektvollsten gehört. Drittens und vor allem ist die Urbevölkerungs-Perspektive des Kreises in Kanada immer noch sehr lebendig, obwohl man hinzufügen muß, daß die Zeit ein wichtiger Faktor ist, wenn wir bedenken, daß von den 55 noch lebenden Sprachen nach Auffassung von Spezialisten nur drei Aussicht haben, mehr als eine

weitere Generation zu überleben. Ich möchte betonen, daß wir also unsere Köpfe zusammenstecken müssen, um unsere gemeinsamen Ziele genau zu definieren und in die Richtung zu arbeiten, sie zu erreichen.

Gegenwärtig darf man Kanada nicht erlauben, seine Ureinwohner-Bürger dazu zu drängen, daß sie die Verwaltung der sozialen und politischen Konfusion übernehmen, die es über Jahrhunderte geschaffen hat. Schöne Gespräche und die manipulative Berufung auf den armen Staat können nicht als gerechte Gründe dafür akzeptiert werden, das zu verursachen, was bereits von Weisen der Urbevölkerung und von aufgeklärten Kanadiern als Absegnung von Urbevölkerungs-Autokratien (von denen wir bereits zu viele haben) und Konsolidierung von oft bereits schreiender Armut, direktem sozialem Elend und – noch schlimmer – Beschleunigung des Verlustes des kulturellen und philosophischen Kapitals im Besitz der Urbevölkerung bezeichnet wird. Statt der politischen Winkelzüge, die derzeit von verschiedenen Ebenen des kanadischen Staates (sowohl franko- wie anglophon) benutzt werden, brauchen wir eindeutig die Schaffung von Unterrichtswerkzeugen und -einrichtungen nach den Bedürfnissen der eingeborenen Kana-

dier und die Stärkung von bestehenden, um zu einem Geben und Nehmen im Unterrichtswesen zwischen Urbevölkerung und Nicht-Urbevölkerung in Kanada zu kommen, von dem wir reden. Was das Bildungssystem der Nicht-Urbevölkerung betrifft, so ist es zwar in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten sehr effizient in der Unterdrückung der Eingeborenenkulturen gewesen, hatte aber auch die eine positive Wirkung, die Urbevölkerung in Kontakt mit der nichteingeborenen Welt und ihren Mentalitäten zu bringen. Heute sind es die nicht-eingeborenen Kanadier, die etwas über die historischen Erfahrungen, die Weltanschauung und die Bestrebungen der Ersten Völker ihres Landes lernen müssen.

Eine Herausforderung der Urbevölkerung für Kanada

Was wir wirklich dringend brauchen, ist ein bilateral (Erste Nationen und andere Kanadier) eingeleiteter und geförderter Prozeß gegenseitigen Erziehung, der darauf abzielt, klar und systematisch die jeweiligen sozialen und unterrichtenden Rollen zu bestimmen, die Ureinwohner- und andere Elemente der kanadischen Gesellschaft übernehmen sollen, und die Strategien der gegenseitigen Ergänzung zu definieren. Unsere Leute sagen eindeutig, daß der Prozeß der Heilung alter und fortbestehender gesellschaftlicher und moralischer Verletzungen, den die Urbevölkerungskanadier kollektiv unternommen haben, weiterverfolgt und erweitert werden muß, da es der Wille unseres Volkes ist, zu überleben, sich zu erholen und den Platz einzunehmen, den einzunehmen man sie gehindert hat, in Kanada und in der Welt. Viele unserer Leute betonen, daß auch die Zeit einer Generation nicht ausreichen wird, um den Heilungsprozeß vollständig abzuschließen. Realistisch gesehen wird der Zeitraum und das Engagement zweier Generationen nötig sein, damit der Kreis unserer Nationen wieder ganz und stark wird – sicher nicht die wenigen Monate oder Jahre, die der Prozeß nach der Vorstellung der Bundesregierung brauchen darf.

Wir, die Ersten Völker Amerikas, sind die vierte Familie der Nationen, im Osten gelegen, im Großen Kreis der Nationen von Mutter Erde. Viele nicht-amerindianische Weisen und viele unserer eigenen Weisen haben gesagt, daß der Große Kreis der Nationen der Welt nicht seine wahre globale Vision von Frieden und Brüderlichkeit finden wird, solange nicht die vierte, so lange vergessene Nationenfamilie anerkannt wird und ihr gestattet wird, ihren Platz im Großen Kreis der Nationen einzunehmen. Ich glaube, unsere Welt wird weiterhin in Disharmonie verharren, solange irgend eines der Mitgliedsvölker ausgeschlossen bleibt aus dem Großen universalen Gesprächskreis, gleichgültig wie klein und unbedeutend dieses Mitglied erscheinen mag. Wir werden dann als globale menschliche Gemeinschaft in Besitz unseres gesamten physischen, intellektuellen und geistlichen Potentials sein und wir werden die Wege finden, die wir heute noch nicht finden können. Und ich glaube, daß die wahre Integration der Ersten Nationen in Kanada der Anfang einer Integration unserer gesamten Menschenfamilie weltweit sein wird. Das ist die Vision und Herausforderung, die ich für mein Land Kanada habe, und Kanada besitzt – mit der starken Unterstützung, die Ihr darstellt und weiter darstellen könnt, meine lieben Freunde – die Größe, dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Attouguet eni Athoro! Thank you, my dear friends! Merci mes chers amis! Danke sehr, meine lieben Freunde!

„Wer Wind sät ... Die Zukunft liegt in Euren Händen! Macht was draus!“

München. Für den 19. Juli hatte die SchülerInnen-Initiative München einen Streik an Münchener Gymnasien organisiert. Von dort zog nach einer Kundgebung eine Spontandemonstration zum bayerischen Kultusministerium und Odeonsplatz. Laut Polizeiangaben beteiligten sich 5000 Schülerinnen und Schüler. Wir dokumentieren einen Redebeitrag aus der Schülerschaft.

Wie oft wird uns das gesagt von unseren Politikern und Politikerinnen, von unseren Eltern, von unseren Lehrern und Lehrerinnen?

Wir sind diejenigen, die in Zukunft die Gesellschaft gestalten sollen. Uns darauf vorzubereiten ist die wichtige Aufgabe der Schule. Wir sollen lernen, uns selbständig Meinungen zu bilden, Verantwortung zu übernehmen, positiv Einfluß auf die Gesellschaft auszuüben.

Jetzt fragt sich nur: Was ist Selbständigkeit, was Verantwortung und was ist positiver Einfluß? Das subjektive Glück in einem Haus mit Garten und Garage, in der ein Mercedes steht, zu suchen, oder sich auch um das Wohlergehen der Mitmenschen zu kümmern? Brav zur Wahl zu gehen, um dann vier Jahre lang fernab von der Möglichkeit zur Mitbestimmung zu stehen, oder den Anspruch zu erheben, selbst Verantwortung zu tragen? Kurz, die etablierten Umgangsformen und den Zeitgeist zu übernehmen, oder ihnen kritisch gegenüber zu stehen und sie in Frage zu stellen?

Eines steht für mich fest, zu einer wirklich kritischen Haltung läßt man uns keine Gelegenheit! Vielmehr sollen uns in der Schule die Prinzipien der bestehenden Leistungsgesellschaft aufgedrängt werden! Die Folgen dieser Normung können wir Schüler und Schülerinnen wohl täglich an uns selbst beobachten. So sind heute bei diesem Streik einige Gymnasien beteiligt, aber keine einzige Real- oder Hauptschule, deren SchülerInnen doch noch viel mehr vom Sozialabbau betroffen sind als wir GymnasialInnen!

Ich glaube reinen Gewissens behaupten zu können, daß dies nicht an der Ein-

stellung und der Nachlässigkeit der OrganisatorInnen liegt, sondern daß es eine Folge der krassen Isolation ist, in der wir leben und lernen. Es bestand überhaupt nicht die Möglichkeit, in so kurzer Zeit einen Kontakt zu Real- und Hauptschulen aufzubauen. In den schulübergreifenden SMV-Strukturen der Gymnasien, die vom Kultusministerium bezirksweise festgelegt werden, ist eine Integration von Real- und Hauptschulen nicht vorgesehen. Daß schon uns Jugendlichen ein selbstverständliches Klassen-Denken eingebracht wird, merken wir doch auch alltäglich selbst an den Kommunikationsproblemen und der Arroganz, die bei einem Zusammentreffen von SchülerInnen der verschiedenen Schultypen unweigerlich auftreten. Doch was gesagt werden muß: Im Endeffekt liegt das Problem nicht am fehlenden Dialog zwischen den SchülerInnen-Klassen, sondern an der Tatsache, daß es überhaupt eine Trennung der SchülerInnen, daß es überhaupt Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen gibt! Leider gibt es noch viel mehr Fehler und Mängel in unseren Schulen, die wir in unserer Kritik nicht vernachlässigen sollten, z.B. das Phänomen der Benotung. Die Noten, die uns ständig in Schubladen zwängen, uns abstempeln, werden von vielen Menschen als unerlässlich angesehen. Ohne die Noten, sagen viele, wäre der Schulbesuch unnütz, denn niemand würde etwas lernen. Ich glaube aber, daß wir dem entgegensetzen müssen: Gerade weil



es Noten gibt, lernt niemand wirklich. Gerade weil es Noten gibt, vergessen fast ausnahmslos alle. SchülerInnen den Stoff, wenn die Ex oder die Schulaufgabe geschrieben ist, sofern sie ihn nicht für die nächste Arbeit gebrauchen können. Die Benotung schiebt alle anderen Lern-Motivationen in den Hintergrund, läßt kaum eine andere Motivation neben sich zu, was noch dadurch verstärkt wird, daß ein paar Mißerfolge eine Wiederholung der Klasse bedeuten können. Die Benotung ist absolut tödlich für natürliches Interesse, absolut tödlich für Kreativität und Phantasie! So habe ich zum Beispiel schon oft erlebt, wie MitschülerInnen den Geschichtshefteintrag auswendig gelernt hatten, so daß sie den Inhalt ohne Probleme wiedergeben konnten, aber kaum eine Ahnung davon hatten, worum es darin eigentlich ging. Mir ging es wiederholt genauso in anderen Fächern. Genauso eine Einstellung und Art zu lernen wird von uns leider erwartet.

Ich will damit nicht sagen, daß in diesem System gefördert werden soll, daß wir mit dem Gelernten nichts anfangen können, behaupte aber, daß wir in ihm dazu erzogen werden, den Sinn, in allem

was wir tun, nicht im Wert und Zweck, sondern in der Bezahlung unserer Leistungen zu suchen. Dieses Schulsystem, welches ein Fundament der kapitalistischen Leistungsgesellschaft ist, muß abgeschafft und durch eine neue Art von Schule ersetzt werden.

Denn unser hochgelobtes Schulsystem erzieht die Jugendlichen nicht zu selbständigen Menschen, sondern zu treuen AnhängerInnen eines Sozialstaates, in dem sich alle um die höchsten Positionen prügeln, und in dem dann die GewinnerInnen jenen, die auf der Strecke geblieben sind und Not leiden, von ihrem hohen Posten herab ein paar Happen zuwerfen, damit das Ganze einen Anschein von Gerechtigkeit erhält.

Stellen wir dieser eingefahrenen Systematik etwas Neues gegenüber. Laßt uns gemeinsam Neues gegenübertreten. In denen wir die Verwaltung übernehmen, in denen wir nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, und in denen Lehrer und Lehrerinnen unsere Freunde sind, nicht unsere Vorgesetzten.

Weg mit den Lernfabriken
Die Zukunft liegt wirklich in unseren Händen, machen wir was draus!

aus Münchener Lokalberichte



Stuttgart. Am Samstag, 27. Juli, dem 69. Tag des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen, fand eine Solidaritätsaktion statt. Obwohl auch viele nach Bochum gefahren waren, kam fast 500 Menschen zur Kundgebung auf den Schloßplatz und demonstrierten dann durch die Innenstadt. Nachdem schon der achte Gefangene gestorben war, hatte die DİF spontan aufgerufen; türkische und kurdische Gruppen machten mit; der Kreisverband der Grünen erklärte sich solidarisch; Gerhard Manthoy vom Landesvorstand der IG Medien schickte eine Grußdresse und auch der Landesverband der FreidankorInnen. Auf der Kundgebung sprachen eine Vertreterin des Landesvorstandes der PDS und eine Rednerin der MLPD. Internationale Solidarität ist gefordert, damit der Kampf und das Sterben der politischen Gefangenen in der Türkei nicht vergehen war.

Schlußstrich unter IG Farben Forderung an die Stadt

Frankfurt. Am 21.8. wollen die Aktionäre der IG Farben in Abwicklung wieder ihre Jahresversammlung im Steigenberger Hotel am Frankfurter Flughafen abhalten. Die VVN/BdA, der DGB Frankfurt u.a. rufen dazu auf, ab 8.30 Uhr vor dem Hotel zu protestieren. Der DGB führt am Vorabend eine Veranstaltung durch. Hier der Aufruf des Auschwitzkomitees in Auszügen:

Wir wollen nicht zusehen, wie IG Farben i.A. darauf warten, bis niemand mehr lebt, der Ansprüche stellen kann. Es ist genug. Wir fordern deshalb die Stadt Frankfurt/Main auf, die diesjährige IG Farben-Aktionärsversammlung nicht in Frankfurt stattfinden zu lassen. Weder in Frankfurt noch an anderen Orten wollen wir eine Verlängerung der Abwicklung auf Kosten der Menschen, die durch IG Farben leiden mußten und die bis heute an den Folgen leiden. Wir fordern die Liquidatoren der IG Farben i.A. auf, eine Tagesordnung vorzuschlagen, die unseren Forderungen entspricht. Wir fordern alle antifaschistischen und demokratischen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen auf, diesen Aufruf zu unterstützen. Unterschriften unter ihn zu sammeln und Briefe an die Stadt

Frankfurt/Main zu schreiben, in denen die Forderungen unterstützt werden. Wir rufen dazu auf, in den verbleibenden Wochen vor der Aktionsversammlung Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen, um diese Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen, sowie am 21. August – sollte die Aktionärsversammlung dennoch stattfinden – nach Frankfurt zu kommen und mit uns gemeinsam für eine sofortige Beendigung des himmelschreienden Skandals einzutreten, oder in den jeweiligen Städten an diesem Tag Öffentlichkeit zu schaffen. Für einen Schlußstrich unter IG Farben.

Aufruf des Auschwitzkomitees

13000 Unterschriften gegen „Stuttgart 21“ übergeben

Stuttgart. Die Initiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ übergab am 24. Juli an OB Rommel 12.966 Unterschriften für einen Bürgerantrag. Jetzt ist der Gemeinderat aufgefordert, die Hauptsatzung der Stadt Stuttgart so zu ändern, daß ein Bürgerentscheid über „Stuttgart 21“ möglich wird. Die erforderliche Anzahl von 7.200 Unterschriften wurde damit weit übertroffen. Der Gemeinderat muß nun binnen drei Monaten über den Bürgerantrag entschei-

Runder Tisch zur Kommunalwahl

Frankfurter Linke diskutierte kontrovers

Frankfurt. Am Samstag, 20. Juli, folgten 30 Menschen dem Aufruf von Alternativen für Frankfurt (AFF) und Frankfurter Info zu einem Runden Tisch zur Kommunalwahl 1997. Ziel der Veranstalter war es, in einer gemeinsamen Diskussion herauszufinden, ob es nicht doch möglich ist, zu einer gemeinsamen Kandidatur oppositioneller Kräfte in Frankfurt zu kommen. Denn, neben der geplanten Kandidatur der PDS/Offene Liste, gibt es den Aufruf zu einer Bündnisliste.

Es war klar, daß das Spektrum der Anwesenden sehr eng und damit die Chance, Vertreter einer Stadtopposition in den Römern zu bekommen, ausgesprochen gering ist. Um so bedauerlicher wäre eine weitere Zersplitterung linker, oppositioneller Kräfte, zumal zu Beginn von niemandem gravierende inhaltliche Differenzen festgestellt wurden.

Die Vertreter der PDS legten dar, daß sie bereits im letzten Jahr versucht hätten, ein breiteres Bündnis für die Kommunalwahl zustande zu bringen. Der Beschluß, als PDS/Offene Liste zu kandidieren, wurde erst gefaßt, als sich Anfang 1996 ein solches Bündnis nicht abzeichnete. Es wurde dann der Entwurf zu einem Kommunalprogramm erarbeitet, in den auch Positionen von Initiativen und Bewegungen eingeflossen sind und noch einfließen können.

Die PDS geht davon aus, daß sie durch ihre Oppositionsarbeit im Bundestag mehr und andere Stimmen gewinnen kann als durch ein relativ enges linkes Bündnis. Dafür sprechen auch die besseren Ergebnisse der PDS bei der letzten Bundestagswahl im Vergleich zur Kommunalwahl 1993, wo sie mit der Ökologischen Linken von Jutta Dittfurth als Ökolinx angetreten sind.

Die andere Seite des Runden Tisches, die sich ausdrücklich nicht als Sprecher einer Bündnisliste bezeichneten, da ein solches Bündnis erst im Aufbau sei, betonte das Interesse an einem gleichberechtigten Bündnis, in dem die DKP und vor allem auch ausländische Vereine und Mitglieder der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) vertreten sein sollten

sowie Vertreter von kommunalpolitisch bedeutsamen Initiativen. Sie sehen im Vorgehen der PDS einen Alleingang, der in letzter Zeit fruchtbaren gemeinsamen kommunalpolitischen Arbeit schade und Ansätzen von Bewegung gegen die Magistratspolitik übergehe.

Nach teilweise heftigen, sehr emotionalen Auseinandersetzungen wandte sich die Veranstaltungsleitung an die PDS mit der Frage, ob sie bereit sei, ihre Liste zu öffnen und zum Namen „PDS“ einen Zusatz in den Listennamen aufzunehmen, der „Alternative Liste für Frankfurt“ o.ä. lautet. Dagegen, erklärte die PDS, habe sie keine Bedenken, auch nicht dagegen, ein demokratisches Verfahren der Kandidatensuche mitzutragen, soweit es dem Wahlgesetz entspricht.

Da jedoch verschiedene Mitaufgeber für die Bündnisliste sich dagegen wandten, daß der Name „PDS“ in der Liste geführt wird, kam es an diesem Tag zu keiner Einigung. Trotzdem sehen die Veranstalter noch eine – geringe – Chance, daß die Fronten noch nicht vollkommen verhärtet sind. Vor allem besteht die Hoffnung, daß auch über die Kommunalwahl hinaus die Zusammenarbeit möglich bleibt.

aus Frankfurter Info



Rekrutengelöbnis in Schweinfurt

170 Pionierrekruten mußten geloben

Schweinfurt. Zuvor hatte die Stadt einen Ehrenempfang für die gesellschaftliche Elite, 150 Ehrengäste aus Politik, Militär, Wirtschaft und staatlichen Institutionen, gegeben.

Obwohl die Angehörigen der jungen Rekruten eingeladen waren, und die CSU und Reservistenverbände für die Kundgebung mobilisiert hatten, blieb die Zuschauerresonanz relativ bescheiden. Dafür strahlte das Schweinfurter Lokalfernsehen in Direktübertragung und mit Wiederholungen das militäristische Spektakel vom Marktplatz aus, verbunden mit Aufzeichnungen von Reservistenübungen und Interviews mit Repräsentanten der Reservistenverbände, und trug so nachhaltig zur Verbreitung der verfolgten Propagandaziele bei.

Vor dem Gelöbnis schritt OB Grieser (CSU), „entsprechend der preußischen Militärtradition aus der Zeit Friedrich des Großen unter den Klängen des Präsentiermarsches zusammen mit Bataillonskommandeur Radlmeier die Front der angetretenen Rekruten ab“ (so der Fernsehkommentator). Danach bemühten sich OB Grieser und der Kommandeur der angetretenen Truppe in ihren Ansprachen, jegliche Kontinuität zwischen kaiserlichem Heer, Reichswehr, faschistischer Wehrmacht und Bundes-

wehr abzustreiten und gleichzeitig den begonnenen Umbau der Bundeswehr zur weltweiten Interventionsarmee als selbstlosen deutschen Beitrag zum Weltfrieden zu verharmlosen. Radlmeier sprach davon, daß sich Deutschland auf die veränderte sicherheitspolitische Weltlage eingestellt habe, und die Bundeswehr zur Konfliktbewältigung in der Welt beitrage.

OB Grieser benannte vier Ziele der Bundeswehr, an denen kein vernünftiger Mensch „auch nur den geringsten Zweifel“ hegen könne: Bewahrung des Friedens, Sicherung des Landes gegen Angriffe von außen, Erhaltung des freiheitlichen politischen und gesellschaftlichen Systems und „die Erhaltung der politischen Handlungsfreiheit der Bundesregierung“.

Das letzte von OB Grieser benannte Ziel kann als eine Art politischer Generalklausel, die die Bundesregierung zum Einsatz des militärischen Arms zur Durchsetzung deutscher Interessen in aller Welt ermächtigt, verstanden werden. So wie in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundesregierung von 1992 die Ziele Durchsetzung „weltweiter Interessen“ und „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und

Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ aufgestellt wurden. Vor dem Rekrutengelöbnis waren ca. 60, vor allem junge Leute, dem Aufruf einiger Schweinfurter Organisationen zur Protestdemonstration und -kundgebung gefolgt und setzten damit zumindest ein Zeichen gegen wachsende Militarisierung. Festzuhalten bleibt noch die zerrissene politische Einstellung der Sozialdemokratie: Die Jusos wollten zur Demonstration aufrufen und wurden zurückgepfiffen. SPD-Mandatsträger blieben dem städtischen Empfang fern. aus nachrichten und Standpunkte, cls

den. Alle Gemeinderatsfraktionen haben in letzter Zeit immer wieder beteuert, wie notwendig jetzt eine Beteiligung der Bürger sei. Nun können sie ihren wohlklingenden Worten Taten folgen lassen. Beteiligung der Bürger heißt, sie auch über die umfangreiche fachkompetente Kritik an diesem Projekt zu informieren. Bürgerbeteiligung heißt letztendlich auch, ihnen das Recht einzuräumen, „Nein“ zu sagen. Die einmal gewählten Gemeinderäte stehen auch nach ihrer Wahl im Auftrag der Wähler.

In Tausenden von Gesprächen haben die Mitglieder der Initiative erfahren, wie groß die Ablehnung dieses Projektes durch die Bevölkerung ist. Stuttgart spart bei Tagheimen, den Kindergärten, den Toiletten, und hat gleichzeitig bereits drei Millionen Mark für Ausschreibungen und Gutachten zu „Stuttgart 21“ ausgegeben. Auch die Propaganda für „Stuttgart 21“ will sich die Stadt Millionen kosten lassen. Viele Bürgerinnen und Bürger packt der Zorn über diese Art von „Sparpolitik“.

Die Initiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ verspricht schon heute, auch im Falle einer Ablehnung des Bürgerantrags durch den Gemeinderat keine Ruhe mehr zu lassen.

aus Kommunale Berichte Stuttgart

Hysterie wegen feiernder Kurden am Strandbad

Mannheim. Am Sonntag, dem 14. Juli, feierten mehrere hundert Kurden auf der Wiese des Strandbades. Ein Familienfest mit Musik, Grillen und Tanzen. Das Fest fand tagsüber statt, um 18 Uhr war Schluß und der Platz sauber. Zur Verstärkung der Musik wurde ein kleiner Generator eingesetzt. Die Musik war nicht übermäßig laut, kein Mensch nahm daran Anstoß bis auf die Pächterin der Strandbadkneipe, Petra Krebs. Sie holte die Polizei und benachrichtigte den Mannheimer Morgen. Sie fand es ungerecht, daß die Kurden hier feiern durften, während ihr die Veranstaltung eines Rockkonzertes von der Stadtverwaltung untersagt worden sei. Auch hätten die Kurden Gebrüll und Tee verkauft (z.B. Tee zum Selbstkostenpreis von 1 Mark, d.V.). Nachdem die Polizei etwa 500 Kurden sichtete, schalteten sich nach Angaben des Einsatzleiters „die höchsten Stellen“ ein – vermutlich der OB und / oder Polizeipräsident. Der Leiter des Ordnungsamtes, Forscher, kündigte Strafanzeige gegenüber dem Mannheimer Morgen an. Auf dem Rhein tauchte ein Polizeiboot zur Beobachtung auf – angesichts der vielen badenden kurdischen

Kinder im Rhein ein aberwitziges, aber durchaus typisches Bild. Obwohl es sich bei der Veranstaltung um ein privates Fest handelte, ist anscheinend wieder das Kulturzentrum Kurdistan im Visier. Scheinheilig wird den Kurden angekündigt, daß sie ihr Fest nicht angemeldet hätten. Insider wissen, daß die Behörden auch solche privaten Feiern bei Kurden sowieso verbieten.

Kommunal-Info Mannheim, scr

Aufruf zur Vernunft gegen den Weiterbau der A 52

Essen. 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Essen haben sich 1991 gegen die Verlängerung der A 52 von der Einmündung auf die A 40 zur A 42 im Essener Norden ausgesprochen. Auch ein Unterbezirksparteitag der SPD lehnte das Bauprojekt damals mit einer hauchdünnen Mehrheit ab. Unter dem Druck von IHK, Kapitalistenverbänden, CDU und FDP mehren sich jetzt jedoch auch in der SPD die Stimmen, die eine Revision dieser Ablehnung wollen. Ein Verkehrsparteitag im Herbst soll darüber entscheiden. Die reaktivierte Bürger/inneninitiative gegen die A 52 (neu) sammelt derzeit Unterschriften unter ei-



nen Aufruf, der rechtzeitig vor dem Parteitag veröffentlicht werden soll. Zur Unterstützung aufgefordert sind vor allem Personen des öffentlichen Lebens, Verbände und Institutionen aber auch Einzelpersonen.

aus Lokalberichte Essen, syb

Seit dem 1. Januar 1993 ist die Gesundheitsreform in Kraft. Staatliche Einmischung wurde zum Prinzip, die Kassenärztlichen Vereinigungen duckten sich und Patienten und Ärzte bekamen die Folgen zu spüren: Budgetierung des Honorars, Zuzahlungspflicht der Patienten bei Medikamenten, Erhöhung der Beitragssätze in den Krankenkassen usw. Jetzt ist in Berlins kassenärztlicher Vereinigung ein heftiger Streit unter den Ärzten über die Honorarabrechnung ausgebrochen. Tatsächlich ist das gesamte Gesundheitssystem in der Krise.

Die Bundesrepublik befindet sich auf dem Wege zu amerikanischen Verhältnissen. Der sog. Generationenvertrag läßt sich nicht mehr in der bisherigen Form halten und das gesamte Sozialsystem, einschließlich Renten und Gesundheitsfürsorge, gerät aus den Fugen. Die Gedanken der Verantwortlichen gehen deshalb immer stärker in Richtung Selbstversorgung und Aufkündigung der Verantwortung des Staates für seine Bürger in sozialen Fragen.

Das Gesundheitssystem der BRD steckt in einer tiefen Krise. Lösungen, wie sie durch die Reform Seehofer eingeleitet wurden, verstärkten sie noch. 1996 ist für Ärzte und Patienten, für viele noch unbemerkt, das Jahr des größten Chaos. 1995 wird das Defizit der Krankenkassen auf 10 Mrd. DM geschätzt. Die Bonner Regierungsparteien überschlagen sich mit den fragwürdigsten Reformkonzepten. Offenbar ist, daß auch der von Seehofer angeführte Versuch dieser Reform scheitert.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1996 wurde im Hinblick auf die Deckelung der Honorare eine Reform des „Einheitlichen Bewertungsmaßstabes“ (EBM) für alle Kassenärzte durchgeführt. Die ärztliche Selbstverwaltung wurde durch den Staat gezwungen, sich festzulegen und die Entwicklung der ambulanten und klinischen Medizin neu einzuordnen und einzustufen, was bis-

Streit in der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin

Hausärzte protestieren gegen Honorarkürzungen / Das Gesundheitssystem ist krank

lang nicht geschehen war. Die Kosten im Gesundheitswesen explodierten vor allem auch durch die Entwicklung der Geriatrie, was zu einer Verschiebung bei der gesundheitlichen Betreuung der Patienten und natürlich auch der Kosten und Honorarverhältnisse kam. Die hausärztliche Versorgung geriet stark ins Hintertreffen und in den Bundesverbänden dominierten die Vertreter der „Gewinn“-Medizin. 1994 beschloß die Vertreterversammlung der KBV, angemessene Relationen bei der Bewertung ärztlicher Leistungen einzuführen, Begrenzungen medizinisch nicht plausibler Leistungen durchzusetzen und die sachlich nicht begründbare Verteilungsverschiebung unter den Arztgruppen zu korrigieren.

Heraus kamen Grundsätze für den neuen EBM: Fallpauschalen für ärztliche Grundversorgung, Konsultationsgebühr als Pauschale pro Arztbesuch, ablaufbezogene Leistungskomplexe usw. Überhaupt sollte damit die persönliche Leistung des Arztes, besonders des Hausarztes, besser bewertet werden. Nun, Mitte des Jahres, wird festgestellt, daß das neue Honorarsystem von verschiedenen Arztgruppen bis zur Neige ausgenutzt wurde: Seit Jahresbeginn wurden in Berlin, wenn die Angaben stimmen, 20% mehr ärztliche Leistungen abgerechnet, obwohl die Menschen nicht etwa kranker sind als vorher. Manch einer kommt da zur Schlußfolgerung, daß die Gesundheitsreform dazu geführt hat, daß sich die Ärzte gegenseitig bekriegen, regelrechte Vertei-

lungskämpfe zwischen einzelnen Fachgruppen um die Aufteilung des begrenzten, gedeckelten Honorars geführt werden. Benachteiligt werden dabei immer noch die Hausärzte. Die KBV, die nachdrücklich die Reform des EBM gefördert hatte, ließ im Mai verlauten, daß sie rückwirkend, d.h. ab 1.1.96, im Juli eine Änderung des EBM durchführen wird. Die Aufregung und das Chaos in der Ärzteschaft sind komplett. Angesichts der fehlenden Mittel bei den Kassen werden Stimmen laut, die manchen Ärzten offene Betrugshandlungen vorwerfen, Leistungen abgerechnet zu haben, die sie gegenüber den Patienten nicht erbracht. Unter der Ärzteschaft Berlins geht die Furcht um, die Praxis schließen zu müssen, weil die rückwirkende Kürzung des Honorars zu großen Verlusten für den einzelnen Arzt führen wird. Sie geben die Schuld der Kassenärztlichen Vereinigung und betrachten die Reform des EBM als gescheitert.

Auf einer Versammlung der Berliner Praktischen Ärzte im Juli kam es zu heftigen Äußerungen gegen die Führung der KBV, die beschuldigt wird, eigene fachgruppenspezifische Interessen zu vertreten. Die Hausärzte forderten den Rücktritt des Vorstandes und des Vorsitzenden Nehls und verlangten die Schaffung einer eigenen Vereinigung.

Laute Protestierer waren vor allem Ärzte aus dem westlichen Teil der Stadt, die Ostärzte schwiegen zumeist. Warum wohl? Weil sie an Sorgen gewöhnt sind. 1990 ins kalte Wasser der Niederlassung geworfen, mußten sie hohe Kredite auf-

nehmen, um eine eigene Praxis einzurichten zu können. Obwohl manch einer sich schnell zurecht fand, verblieb insgesamt der Schock: Der Auftrag des Arztes, dem Menschen zu helfen, trat immer mehr hinter der Notwendigkeit zurück, sich auf dem Markt der Gesundheit oder besser Krankheit zu behaupten. Die Kommerzialisierung des Ärzteswesens, der Zwang, vor allem zu überleben, die Konkurrenz auszustehen, desillusionierte Minister Seehofer scheint alles darauf anzulegen, den Arzt zum Kommerzialanten zu machen. Zu viele Praxen – zu viele Verdienner. Dagegen hilft nur die freie Konkurrenz bis hin zur Verringerung der Gesamtarztzahl und Praxen.

Auch in diesem Zusammenhang schimmert der amerikanische Weg durch. Die Patienten werden unter den Bedingungen der vollen Kommerzialisierung Nebensache. Dagegen wehren sich viele Ärzte. Nur sie sind zerstritten und kämpfen jeder für sich oder zumindest in der Fachgruppe um ihre Honorare, die sie sich in der Mehrheit der Fälle ehrlich verdient haben.

Peter Stoisek, Leiter des Instituts für Pathologie in Cottbus, aktiver Christ, in der DDR verfolgt, brachte aus Anlaß der Verleihung eines Preises in Wiesbaden (nach *Frankfurter Rundschau*, 8. Juli) zum Ausdruck: „Die zunehmende Kenntnis des westlichen Gesundheitssystems deckte für uns ... auch seine Schwächen auf, das Auseinanderklaffen von ambulanter und stationärer Patientenversorgung, die Privatisierung und Ökonomisierung des ärztlichen Berufes, die zunehmende destruktive Konkurrenz innerhalb der Ärzteschaft, die Mutation des Patienten zum Kunden und der Krankheit zur Ware ... War der Arzt von seiner Ethik her an wenig Krankheit und wenig Therapie interessiert, mußte sich diese jetzt gegen den ökonomischen Druck nach viel Krankheit und viel Therapie stemmen ...“ Peter Stoisek spricht aus, was viele Ärzte – auch solche aus den alten Bundesländern – im zunehmenden Maße empfinden. (abf)

„Wir lassen uns die Zukunft nicht stehlen!“

Protest- und Aktionstag am 5. September in Thüringen wg. fehlender Ausbildungsstellen

Die katastrophale Situation für jugendliche Schulabgänger/innen in den neuen Bundesländern, die eine betriebliche Ausbildungsstelle suchen (allein in Ostteil Berlins fehlten Mitte Juli über 8.000 Ausbildungsstellen, in anderen Ländern und Regionen sieht es noch viel schlechter aus) führt zu wachsenden Protesten der Jugendlichen, der Gewerkschaften und anderer Organisationen. Den folgenden Bericht eines Thüringer Aktionsbündnisses „Wir lassen uns die Zukunft nicht stehlen!“ über die Vorbereitung von Aktionen vor dem Thüringer Landtag anläßlich einer Debatte im Landtag zu diesem Thema entnehmen wir der Zeitung „UNZ - Unsere Neue Zeitung, Linke Zeitung in Thüringen“. (rül)

Im Frühjahr 1995 verpflichteten sich die Arbeitgeber gegenüber dem Bundeskanzler zur Schaffung von mindestens 10 Prozent mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen als im Vorjahr. Diese Verpflichtung wurde nicht umgesetzt. Noch immer haben ca. 4.000 Jugendliche in Thüringen keinen Ausbildungsplatz. Wir sagen:

Wenn sich alle Unternehmen an der be-

ruflichen Erstausbildung beteiligen, ließe sich der Ausbildungsnotstand überwinden.

Wir wollen:

- für alle Schulabgänger qualifizierte Ausbildungsplätze;
 - für jeden Auszubildenden die Möglichkeit der Übernahme im erlernten Beruf;
 - eine gesetzliche Umlagefinanzierung.
- Wir fordern:**
- Ein Recht auf Ausbildung und Arbeit;
 - ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben für unsere Jugend;
 - ein Recht auf Zukunft für unsere Jugend.

Tatsache ist: Die Schere zwischen Ausbildungsplatzangebot und Bewerbernachfrage klappt immer weiter auseinander. Mehr als 50 Prozent der Jugendlichen im Land Thüringen haben noch keine Lehrstelle und das Berufsberatungsjahr geht bald zu Ende. Für 31.624 Bewerber stehen nur 16.741 Ausbildungsplätze im Freistaat zur Verfügung. Selbst im öffentlichen Dienst, der eine Steigerung der Ausbildungsplätze um 6 Prozent versprach, sind nur knapp ein Prozent der Beschäftigten Azubis. Auf jede Lehrstelle in Thüringen kommen



Der Abbau von Arbeitsplätzen vor allem im industriellen Bereich von Berlin geht ununterbrochen weiter. Die Zerstörung der Industrie im Osten und die Reduzierung der früher unter der Bedingung reichlicher „Berlin-Hilfe“ lukrativen Produktionsstätten haben die Stadt bereits zu einem der Bundesländer mit der höchsten Arbeitslosenquote gemacht. Trotzdem gehen die Betriebsschließungen immer weiter – u.a. durch den Siemens-Konzern. Unser Bild zeigt eine Protestaktion von Siemens-Beschäftigten in Spandau am 30. Juli. Im dortigen Fertigungs- und Service-Zentrum sollen von 450 Stellen jetzt 180 Stellen abgebaut werden. (rül)

zwei Bewerber. Uns reicht jetzt! Wir wollen, daß sich diese Situation ändert. Wir haben keine Lust auf Arbeitslosigkeit und null Perspektive. Deshalb planen wir für den 5. September eine thüringenweite Veranstaltung zur Ausbildungsmisere.

Was ist vorgesehen?

Aktionen in der Nähe des Landtages, öffentliche Pressekonferenz, Straßentheater, Übergabe der Unterschriftenlisten an den Landtagspräsidenten, Auftritte von professionellen und Schülerbands, Infostände, Kabarett, Schülertheater ... Laßt uns gemein-

sam dafür sorgen, daß dieser 5. September ein Erfolg wird. Treten wie den Vertretern von Politik und Wirtschaft kräftig auf die Zehen und erinnern sie an ihren Wählerauftrag und ihre Verantwortung.

Wer Ideen und Vorschläge für die Veranstaltung am 5.9. hat, mit kulturellen Beiträgen dabei sein möchte oder auf andere Art aktiv werden will, wende sich an den Koordinierungskreis des Aktionsbündnisses „Deine Einstellung zählt“, DGB Thüringen, Steffen Lemmer, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt. Tel.: 0361-5961369. (aus: UNZ Nr. 15/95)



Aus der KONZERNWELT von Mercedes Benz AG und Robert Bosch GmbH.

Trotz steigender Belastung sinkt der KRANKENSTAND!

Im Schnitt wird die baden-württembergische Metallindustrie 1996 einen Fortschritt an Produktivität von fünf Prozent erreichen, so die Bezirksleitung der IG Metall. Konzerne wie die Mercedes-Benz AG und Robert Bosch GmbH liegen um einige Prozentpunkte darüber. Erreicht wird diese Leistungssteigerung von schrumpfenden Belegschaften, die sich krumm legen, damit steigende Stückzahlen erreicht, Liefertermine eingehalten und Qualitätsanforderungen erfüllt werden.

Die steigende psychische und soziale Belastung durch Rotation an den Arbeitsplätzen und durch Streß und Hektik schlägt durch auf die Gesundheit der Beschäftigten. Der Gesundheitszustand der Arbeiterbelegschaften weist inzwischen besorgniserregende Verschlechterungen auf. In dieser Situation ist für einige das Ausscheiden mittels Abfindung die letzte Möglichkeit. Aber diese Lösung bietet sich für die allermeisten nicht: Diese müssen durchhalten trotz aller Ärgernisse.

Eigentlich müßte infolge dieser doch dramatischen Aussagen ein sprunghafter Anstieg der Krankenquote erwartet werden. Aber weit gefehlt: Tatsächlich sinkt in den Großbetrieben der Krankenstand. Dies ist jedoch nicht Ausdruck gesünder Arbeitsbedingungen und auch nicht allein Folge des Drucks der Massenarbeitslosigkeit, sondern dies steht in engem Zusammenhang mit einer Strategie des Arbeitgeberlagers, welche den Krankenstand ins Zentrum der Agitation stellt und dementsprechend betriebliche Handlungsanweisungen entwickelt. Auf Bundesebene hat die Kohl/Kinkel-Regierung bereits Gesetzesänderungen eingeleitet: So erwirbt ein Beschäftigter erst nach vier Wochen Anspruch auf die Lohnfortzahlung, und diese wird zudem noch von 100 auf 80 Prozent des Arbeitsentgelts gesenkt.

Auf Branchenebene hat Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe aufgetrumpft und verlautbaren lassen, daß in den meisten Tarifverträgen der Metal-

lindustrie vereinbart sei, daß das Lohnfortzahlungsgesetz in seiner geltenden Form anzuwenden sei. Damit sei auch hier die Kürzung der Lohnfortzahlung möglich. Die IG Metall könne dagegen zwar protestieren, aber nicht streiken, sagte er der Welt am Sonntag.

Der baden-württembergische Verband der Metallindustrie hat seine Eckpunkte für die künftige Tarifpolitik formuliert. Ein zentraler Punkt darin sind Kostensenkungen für die Unternehmen durch „kontinuierlichen sozialverträglichen Abbau der Bezahlung von Nichtarbeit“. Als Unterpunkt steht dabei die sachgerechte Neuordnung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Auf betriebliche Ebene haben Konzerne wie Mercedes-Benz und Bosch ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgesehen:

Mercedes-Benz: Das Unternehmen will eine strikte Regelung für Rückkehrgespräche nach der Krankheit. Bei einer weiteren Erkrankung innerhalb von neun Monaten soll sich das Gespräch verschärfen. Nach dem 4. Gespräch wird die rote Karte mit Kündigungsandrohung gezeigt.

Die betrieblichen Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) sollen gekürzt werden und bei Null oder geringen Fehlzeiten wieder entsprechend erhöht werden.

Der Personalstand soll unabhängig vom tatsächlichen Krankenstand auf den „Zielkrankenstand“ gesenkt werden. Eine personelle Unterdeckung wird bewußt in Kauf genommen.

Robert Bosch GmbH: Die Firma plant die Kürzung der Arbeits- und Erfolgsprämie (Auszahlung dieser betrieblichen Leistung Ende April) auf Krankheit bis Null.

Vermuten Personalabteilungen „Mißbrauch von Sozialleistungen“, wird die Lohnfortzahlung gestoppt.

Beschäftigte werden angesprochen, vor Ablauf des in der Krankheitsbescheinigung vermerkten Termins die Arbeit aufzunehmen, „wenn sie sich dazu in der Lage fühlen.“

Problemgruppen mit hohen Krankenstand werden herausgefiltert und

gezielt angesprochen. Die „ideale Belegschaft“ ist deutsch und männlich. Die „problematische Belegschaft“ ist ausländisch und weiblich.

Krankheitsbedingte Kündigungen werden als ein Mittel des Personalabbaus gesehen.

Die bis jetzt vorgestellten Maßnahmen können wir als die „Peitsche“ betrachten. „Jagd auf Kranke“ ist ein Begriff, der von Unternehmern nicht gern gehört wird, der aber doch treffend dieses Szenario beschreibt.

Damit ist aber das Instrumentarium der modernen Personalpolitik bei weitem nicht erschöpft.

Sondern es geht den Unternehmern darum, im Rahmen von Teamarbeit und Standortkonkurrenz die Belegschaften so zu motivieren, daß diese selbst an der Senkung des Krankenstandes mitarbeiten.

Dabei greifen die Firmen auf Erkenntnisse zurück, die so falsch nicht sind. Zum Beispiel trifft es sicher zu, wenn ein Werkleiter eines Großbetriebes ausführt: „Einfluß auf ein gesundes Arbeitsklima haben im wesentlichen vier Faktoren: die Arbeitsaufgabe an sich, die Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel Lärm, Raumklima, Ausstattung der Sozialräume sowie das Führungsklima und die Führungsqualität. Wichtig sind ferner die persönlichen Einstellungen und Werte, die jeder einzelne von uns im Umgang mit anderen zum Ausdruck bringt.“

Führungskräfte in den Betrieben werden bis zum Gruppenführer (Teamleiter) über Gesprächsführung geschult. Mit jedem Beschäftigten, der aus der Krankheit kommt, soll ein Rückkehrgespräch geführt werden. Die Gestaltung solcher Bögen unterliegt dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. In verschiedenen Betrieben sind schon entsprechende Vereinbarungen getroffen worden.

Nun wird kaum jemand Einwände erheben, wenn bei solchen Rückkehrgesprächen gefragt wird, ob Einschränkungen vorliegen bezogen auf Heben / Tragen, Umgebungseinflüsse, Schicht-

arbeit usw. Aber die Frage bleibt, welche Konsequenzen die Firmen daraus ziehen. Heute schon gibt es die Tendenz zu olympiareifen Mannschaften in den Betrieben. Gesundheitlich angeschlagene Kolleginnen und Kollegen werden ausgesondert. Arbeitsplätze für Behinderte sind Mangelware. Was nutzt dann das Feststellen im Rückkehrgespräch, daß gesundheitliche Einschränkungen vorliegen?

Schon heute ist die Tendenz ersichtlich, daß angeschlagene, noch nicht auskurierte Beschäftigte ihre Beschwerden zurückstellen aus Sorge um den Arbeitsplatz und aus Sorge um die Akzeptanz im Team. Damit sinkt zwar statistisch der Krankenstand, aber die Gefahr chronischer Erkrankung steigt.

Japanische Methoden angewandt auf deutsche Verhältnisse halten Einzug. Die Personalstrukturen in den Fabriken befinden sich im Umbruch. Teamarbeit findet auf breiter Fläche Anwendung, bei Mercedes-Benz schon weiter entwickelt, bei Bosch erst in den Anfängen. Die gegenwärtige besorgniserregende Situation bezogen auf Gesundheitszustand und Krankenstand sollte Anlaß sein, verstärkt die Arbeitsorganisation in den Fabriken unter die Lupe zu nehmen. Und diese Lage in den Betrieben sollte um so mehr den in Arbeit Stehenden den Rücken stärken, der regierungsamtlichen Jagd auf Kranke entschlossen entgegenzutreten. Wenn ein Herr Kohl das deutsche Fußball-Team mit den Worten würdigt: „Wenn Sie mal sehen, wie viele doch mit Verletzungen in dieses Endspiel gegangen sind. Wenn Sie aus einem Land kommen, in dem manch einer, der Husten hat, sich krank meldet ...“ dann sind diese Worte zynisch und fernab der Wirklichkeiten des heutigen Arbeitslebens. Außerdem: Jeder Nationalspieler erhielt für den Sieg in England 250.000 DM Siegesprämie, den Menschen in der Arbeitswelt dagegen wird die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um 20 Prozent und das Krankengeld um 10 Prozent gekürzt

(rkw)

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Beschränkte Solidarität

Nachdem im ersten Verfahren vor dem Arbeitsgericht die Arbeiter aus der Türkei gegen den Subunternehmer Coskun - Rohbau - in allen Klagepunkten wegen der seit Januar nicht bezahlten Löhne recht bekommen haben, und nachdem der Landkreis Augsburg die Ausweisungsandrohung wegen fehlender Aufenthaltserlaubnis nicht zurückgenommen hat, sind, bis auf drei, alle Arbeiter „freiwillig“ in die Türkei zurückgekehrt. Ob und in welchem Umfang sie nun gegen den inhaftierten Unternehmer, der in Deutschland verschuldet ist, ihre Geldforderungen realisieren können, ist höchst unklar. Unklar ist bisher auch, inwieweit die Sicherheitsgelder, die Coskun bei den deutschen Bauunternehmen hinterlegen mußte, für die Arbeiter zugänglich sind. Und unklar ist, inwieweit diese Unternehmen und die dahinter stehenden Bauherren juristisch wegen der Anstellung einiger Rohbau-Arbeiter für Schwarzarbeit belangt werden.

Erschreckend ist aber die Position des Gewerkschaftssekretärs Koch, wenn er auf die Frage der *Augsburger Allgemeinen* nach dem Nutzen seines Engagements für die Gewerkschaftsmitglieder antwortet: „Wenn im Ausland bekannt wird, wie ausländische Arbeitnehmer in Deutschland ausgebeutet werden können, dann werden weniger Leute kommen. Schließlich gibt es auch im Arbeitsamtsbezirk Augsburg einen Verdrängungswettbewerb am Bau. Rund 1700 Bauarbeiter waren im Juni arbeitslos gemeldet. Der Tariflohn für Maurer und Zimmerer liegt bei 25 Mark, Arbeitnehmer aus Ländern der Europäischen Union oder osteuropäischen Staaten arbeiten hier schon für fünf bis zehn Mark die Stunde. Wenn weniger Billigarbeiter kommen, könnte die Zahl der Arbeitslosen verringert werden. Auch könnten weitere Kündigungen der Stammbeflegschaften verhindert werden, die von mehreren Firmen zum Jahresende angekündigt wurden.“ Eine solche nationalistische Sichtweise ist zu kurz und entsprechend schädlich. Wie will der Koch denn argumentieren, wenn die Bauunternehmen sich demnächst z.B. Langzeitarbeitslose von den Arbeitsämtern zwangsverpflichten las-

sen würden, oder auch in diesem Gewerk Sozialhilfeempfänger zu Niedrigstlöhnen arbeiten müßten? Jede Position „für deutsche Arbeiter“ spaltet die Lohnabhängigen und kann damit letztlich nur den Unternehmern nützen.

— (jol)

FAG wird umgekrempelt ...

... wie es noch nie da war. Der Maschinenpark, die Flächen für Produktion und Büros werden im Ablauf von ca. 2 Jahren radikal verkleinert: ... Geplant ist die Nutzung des kleineren Maschinenparks im vollständigen Dreischichtbetrieb von Montag bis Freitag. Dadurch schafft der Vorstand Fakten. Sobald die Konjunktur sich verbessert, soll die Maschinenkapazität vollständig ausgelastet.

Die Folge sind Überstunden und Schichtmodelle mit Samstagsarbeit bzw. Sonntagsarbeit ...

Die Automobiltechnik AG hat beim Betriebsrat beantragt, in der PU 2 (Radlager) ein 4 x 6 Stunden-Schichtmodell mit regelmäßiger 2-schichtiger Samstagsarbeit zu fahren. Begründet wird

dies damit, daß eine Auftragssteigerung eingetreten ist, aber keine Maschinenkapazitäten dafür vorhanden sind. Der BR sollte diesem Schichtmodell zustimmen.

Parallel wurde angedroht, in der PU 1 (Rikula) Beschäftigte zu entlassen, weil ein Auftragsrückgang aus OH eingetreten sei. Um diese Entlassungen zu vermeiden, gäbe es nur eine Möglichkeit: ein 4-Schichtmodell mit regelmäßiger Samstagsarbeit.

Der BR hat dieses Schichtmodell abgelehnt, da er diese Zwangsläufigkeit nicht erkennen kann. Das Ziel des FAG-Vorstands wie der Arbeitgeber insgesamt ist es, den Samstag generell zum Regelarbeitstag zu machen.

In der Zwischenzeit hat der Vorstand den Druck weiter verstärkt und die Zahl „überflüssiger Mitarbeiter“ stark erhöht ... Der Druck von oben auf Betriebsrat und Belegschaft, den Samstag zu „opfern“, ist sehr stark ... FAG plant bis 1998 Investitionen im Wert von 650 Mio DM, davon nur 25 % in der BRD.

Dieser Weg ist falsch und kann nicht über Leistungsverdichtung und Samstagsarbeit bezahlt werden.

(Aus „Durchblick“, Nr. 52, Information der IGM-Vertrauensleute bei FAG)

Ein Lehrbeispiel über den Chemietarifvertrag und die BASF-Unternehmenspolitik

Wie man die Bündnis-für-Arbeit-Fahne hochhalten und dann 915 Arbeitsplätze vernichten darf

Späte Einsichten

Da ging einigen Leuten ein Licht der Erkenntnis auf. „Das Argument, mit einer niedrigen Gewerbesteuer Arbeitsplätze zu sichern, habe entscheidend an Bedeutung verloren“ (Rheinpfalz 19.7.96) folgerte der relativ neu gewählte SPD-Vorsitzende Ramsauer und rechnete vor, daß die BASF in Leverkusen 34 Millionen Mark mehr Gewerbesteuer zahlen müßte – ein kommunales „Geschenk“ also an den Chemiemulti in Ludwigshafen, das die hier lebenden Bürger und Bürgerinnen über höhere Gebühren und Abgaben zu finanzieren gezwungen sind.

Der Ortsvorstandsvorsitzende der IG Chemie und der Betriebsratsvorsitzende der BASF sahen den „Solidarpakt für Standortsicherung“ in Form des diesjährigen Tarifvertrags mit einem äußerst kümmerlichen Lohnabschluß angesichts von BASF-Höchstprofitten in Frage gestellt. Der Oberbürgermeister erkannte, daß die durch die Bundesregierung in Aussicht gestellten steuerlichen Erleichterungen offenbar auf die Unternehmen keinen Eindruck machen. Wie wahr. Weder Lohnverzicht noch alle möglichen kommunalen und staatlichen Zuwendungen können einen „global player“ davon abhalten, seinen Kampf um weltweite Marktvorherrschaft so zu führen, wie es ihm paßt.

OB Schultes Einsichten reichen diesbezüglich leider nur so weit, daß er über weitere Anreize nachsinnt, „damit die Industrie hier bleibt“.

Plus 200 minus 915 Arbeitsplätze

Solche Überlegungen wurden durch die Ankündigung der BASF, bis Ende 1998 weitere 915 Arbeitsplätze in Ludwigshafen zu vernichten, hervorgerufen. Genau drei Tage zuvor hatte sich die Personalabteilung in der örtlichen Presse dafür feiern lassen, daß sie 3.140 „arbeitsmarktwirksame Maßnahmen“ vornehmen und die Stammebelegschaft von derzeit 41.300 bis Ende Februar 1997 auf 41.500 erhöhen werde – nachdem sie allein in Ludwigshafen in den letzten fünf Jahren 10.000 Arbeitsplätze „sozialverträglich“ beseitigt hatte.

Genau betrachtet wird bis Ende Februar 1997 die Stammebelegschaft um gerade mal 200 Leute erhöht. Zusätzlich werden zu den 750 befristet Beschäftigten noch 250 Befristete eingestellt. Dies ist Resultat der viel gepriesenen Zusatzvereinbarung, die neben den Tarifverhandlungen in Mainz zwischen BASF-Führung und Betriebsratsvorsitzendem ausgehandelt wurde. Ohne dieses Papier hätten sich die Tarifkommissionsmitglieder der BASF mit dem 2%-Abschluß nicht mehr ins Werk getraut. Weshalb die BASF trotzdem mit der großartigen Zahl von über 3.000 „arbeitsmarktwirksamen Maßnahmen“ (Rheinpfalz 16.7.96) prahlt, liegt schlicht daran, daß sie die natürliche Fluktuation ersetzen wird – und das ist heutzutage bereits ein Grund, sich in der Pose eines zuverlässigen Bündnis-für-Arbeit-Partners zu präsentieren. Eisenlohr, vormals Personalchef der BASF, heute im Chemicarbeitsgeberlager Rheinland-Pfalz tonangebend, hatte der Öffentlichkeit bereits zuvor mitgeteilt, welch starker Beanspruchung die Vertragsstreue des Arbeitgeberlagers aufgrund nicht bewältigter „Struktur-

probleme“ unterliege.

Nach Vertragsablauf wird die BASF vier Fabriken für die Herstellung von Veredelungsprodukten schließen. „Hinzu kommt, daß in der Folge auch bei vor- und nachgeschalteten Betriebseinheiten zwangsläufig Anpassungsprozesse ausgelöst werden, deren Ausmaß sich zur Zeit nicht überblicken läßt“, so der Betriebsrat in einem Flugblatt. Zusätzlich werden in den Wirtschaftsbetrieben (Kantine etc.) 80 bis 100 Stellen gestrichen, womit insgesamt mehr als 1.000 Arbeitsplätze entfallen. In einer Auflistung des Betriebsrats stehen über 1.300 Beschäftigte vor dem AUS – durch Produktionsverlagerung, Produktumstellung, Strukturveränderung, Joint-Venture, Betriebsschließung, Produktbereinigung, Einstellung von Geschäftsaktivitäten – wie sich ein Arbeitsplatzverlust vielseitig umschreiben läßt. Globalisierung der Märkte, Abwandern von Kundenindustrien, geringes Wachstum in Europa, erschwelter Export aus dem Hochkostenland Deutschland sind die angeführten Gründe der BASF für die Vorhaben.

„Aufbruch und Wachstum durch Stärke“

„Aufbruch und Wachstum durch Stärke“ ist das Ziel, erläutert das zuständige Vorstandsmitglied Eckell in der BASF-Werkszeitung vom 25.7.96 zum geplanten Arbeitsplatzabbau in seinem Ressort. Dieser dämliche Spruch steht als Leitsatz über folgendem:

Nach Asien verlagert wurde bereits die Leitung der Textil- und Lederchemie, um gegen die „aggressiven Wettbewerber speziell aus Indien und China zu bestehen“ (Eckell). Geschlossen werden jetzt Textilfarbenfabriken (Indanthren-Palatinectfarben) mit 460 Beschäftigten. Die BASF rechnet damit, daß in der europäischen Textilindustrie bis ins Jahr 2005 bis zu 750.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Da die BASF nur 8% ihrer Textilchemie in der BRD absetze, aber 70 Prozent der Fixkosten im „Hochpreisland Deutschland“ erzeuge, gehe es jetzt darum, Umsatz, Produktion und Kosten regional anzugleichen. Das heißt: Es soll künftig zu asiatischen Löhnen produziert werden.

Der Umsatz mit den Pigmenten für die Druckindustrie, die angeblich gerade eine Preiserosion erleben, werde in Europa, USA und Asien gemacht, die „hohen Fixkosten in Deutschland“ erzeugt. Hier müssen 210 Leute raus.

Auch bezüglich der Spezialchemikalien kommt gebetsmühlenhaft die Floskel „Hochkostenland Deutschland“ (65 Arbeitsplätze entfallen).

Die Acrylsäurefabrik 1 wird ganz geschlossen. Acrylsäure wird künftig am Verbundstandort im chinesischen Nanjing produziert. Als weltweit größter Produzent von Acrylmonomeren will die BASF jetzt einen bedeutenden Marktanteil in der VR China erringen. In Nanjing entsteht auch die größte Polystyrolanlage, die die BASF je baute (Investitionen von insgesamt 6 Milliarden DM).

Die „strukturellen Maßnahmen für effizientere Prozeßketten“ bei den Dispersionen kosten 180 Arbeitsplätze, und das in einem Bereich hoher Auslastung und großer Arbeitsbelastung. Eckell befürchtet daher mangelnde Einsicht bei den Beschäftigten. Er verlangt Verständnis, daß der Kampf um Marktvorherrschaft notwendige Opfer for-

dert. „Bei Dispersionen stellen wir die Weichen, um im Feld der Anbieter der unbestrittene Beste zu sein.“ Mit der größten Selbstverständlichkeit wird von jedem erwartet, dem Götzen des ständig wachsenden Profits zu huldigen, Opfer dafür zu bringen, daß andere Betriebe aus dem Feld geschlagen und Beschäftigte in anderen Ländern auf die Straße gesetzt werden.

Selbstverständlich sollen bei der BASF diese „Freisetzungen“ wieder „sozialverträglich“ im sozialpartnerschaftlichen Einvernehmen durchgezogen werden. Das neue Instrumentarium dafür ist die Altersteilzeit. Für einen Schichtarbeiter aber bringt diese erhebliche Einkommenseinbußen. Werden nicht genügend Ältere gefunden, sollen Abfindungen angeboten werden – nur wer läßt sich heute schon mit einer Abfindung den Arbeitsplatz abkaufen?

Lohnverzicht vernichtet Arbeitsplätze

Die BASF macht 70 % ihres Umsatzes im Ausland. Die dadurch entstehenden Probleme haben nichts mit den viel beklagten angeblich zu hohen Arbeitskosten zu tun, vielmehr mit den Währungsparitäten. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) kam erst vor zwei Wochen zu dem Ergebnis, daß nur ein Drittel der Verteuerung der Lohnstückkosten auf die Löhne zurückzuführen sei. Zwei Drittel der Verteuerung deutscher Waren auf dem Weltmarkt müssen dagegen mit der „dramatischen DM-Aufwertung“ in Verbindung gebracht werden. (Frankfurter Rundschau 17.7.96) In der ZEIT vom 1.12.95 wird nachgewiesen, daß das sogenannte stabilitätsgerechte Verhalten deutscher Arbeitnehmer und Gewerkschaften stets zu Aufwertungen und dadurch zur Erhöhung der Lohnstückkosten führten. Das Handelsblatt erläuterte an die Adresse des IGM-Chef Zwickel nach seinem unseligen Bündnisvorschlag: „... es ist nicht das Übermaß der Lohnbewegung, es ist die unerklärliche Entwicklung der Wechselkurse, die den deutschen Standort gefährdet“ und äußert Erstaunen über die Unkenntnis der Gewerkschaften um diesen Zusammenhang. „Über die Wettbewerbsfähigkeit einer nationalen Wirtschaft entscheiden die Fluktuationen der Wechselkurse“. (Handelsblatt, 29.12.95)

Die Aufwertung der DM verteuert die Exporte. Also wird dort produziert, wo die Abnehmer sind, dem Markt wird gefolgt. Das erzählt der BASF-Vorstand auf den Aktionärsversammlungen; auf den Vertrauensleutevollversammlungen dagegen betätigt er sich als hochdotierter Märchenerzähler und faselt von zu hohen Arbeitskosten.

Gegenmaßnahmen?

Betriebsrat und die Gewerkschaftsführung scheinen eher ratlos bis verzweifelt. Eine breite Diskussion will der BR entfachen über Alternativen, um die Arbeitsplätze in den betroffenen Bereichen zu erhalten, über die künftige personelle Entwicklung und die Positionierung Ludwigshafens im Konzernverbund mit den Themen: • Einführung neuer Produktlinien, • Intensivierung der zentralen Forschung, • Positionierung lukrativer Produktnebenlinien im Kerngeschäft, • offensivere Marktstra-

tegien zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit (?), • Entwicklungsperspektiven für die zentralen Servicebereiche, Personalentwicklungsplan 2010.

Die IG Chemie gab bekannt, sie habe bereits Expertengruppen eingerichtet und verlangt vom Vorstand, die Investitionsplanungen zu überprüfen.

Investitionsabbau, dafür Finanzgeschäfte

Gewerkschaft und Betriebsrat sehen den Standort Ludwigshafen in Gefahr, weil die Investitionen in den letzten Jahren mehr und mehr abnehmen und sich die BASF vom Industriebetrieb zunehmend zu einer Bank mausere. Betrug 1982 ihr Sachanlagevermögen noch 50,8 Prozent und das Finanzanlagevermögen (FAV) 49,2 %, verschob sich das Verhältnis innerhalb von 12 Jahren erheblich. 1994 lag das FAV bereits bei 75,4 % und das Sachanlagevermögen nur noch bei 23,9 Prozent. Die Investitionen in Ludwigshafen nehmen ständig ab. Von 1986 (1.142 Mio. DM) bis zum Jahr 94 um etwa die Hälfte auf nur noch 613 Mio. DM (Berechnungen der IG Chemie Ludwigshafen). Auch die Investitionen in Forschung und Entwicklung gingen in Ludwigshafen im Verhältnis zu den Tochtergesellschaften erheblich zurück. Das nennt sich Internationalisierung von F + E.

„Wenn ein wirksames und dauerhaftes Bündnis für Arbeit in der BASF entstehen soll, ist der Vorstand jetzt in der Pflicht, über den 28.2.1997 hinaus ein Bekenntnis zur Beschäftigtenzahl von 41.500 für das Werk Ludwigshafen abzulegen“, heißt es im Flugblatt des Betriebsrats an die Belegschaft. Weshalb sollte er das tun? Ohne Druck von unten wird ihn dazu nichts bewegen können. Aber wenn die IG Chemie weiterhin davon ausgeht, daß solche Probleme „nur gemeinsam und nicht konfrontativ gelöst werden können“, werden sie immer im Sinne der BASF gelöst werden.

Der wahre Gesicht des Pakts für Arbeit 1996 der Chemiepartner

„BASF verspielt Vertrauen“ kommentiert die Rheinpfalz den Vorgang und besetzt damit den Tarifvertrag vom Frühjahr 96 erneut mit Inhalten, die er nie hatte. Tatsächlich gibt er nicht mehr her als einen Stellenabbau von 1. Juli dieses Jahres bis 28. Februar 1997 im Durchschnitt aller Chemiebetriebe – ohne jegliche Sanktionsmöglichkeit für die Gewerkschaft, sollte sich die Industrie an ihre vagen Absichtserklärungen nicht halten. Der Kommentator des Mannheimer Morgen fragt mit Recht: „Warum schließen die Tarifvertragsparteien solche Arbeitsplatz-Pakete, wenn sie bei Ablauf der Frist für die Mitarbeiter der Unternehmen keinen Pfennig mehr wert sind?“ (MM, 19.7.96) Auf der anderen Seite ist der Reallohnverlust, den die Lohnabhängigen dafür hinnehmen mußten nicht wieder aufzuholen. Sie zahlen jahrelang für einen lediglich um acht Monate hinausgezögerten Arbeitsplatzabbau. Man sollte solche Vereinbarungen nicht auch noch der Öffentlichkeit und den Beschäftigten als großen Erfolg verkaufen. Denn – wie wir nun sehen – Falschmünzerei zählt sich nicht aus. (ede)



Die MfS-Debatte – und kein Ende

Zur MfS-Diskussion in der PDS Sachsen-Anhalt und anderswo

Seit September 1995 schwelt in der PDS Sachsen-Anhalt ein Streit um die Äußerung eines ehemaligen Offiziers des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der immer breitere Kreise zieht und keine Klärung findet.

Was war passiert? Heinz Kittler, zeitweilig Leiter einer Kreisdienststelle des MfS in der DDR, kandidierte mit Unterstützung seiner PDS-Basisgruppe für die Finanzrevisionskommission des Landesverbandes. Er hatte nie verschwiegen, daß er Mitarbeiter war und wollte das auch nicht vor den Delegierten des Landesparteitages Sachsen-Anhalt in Magdeburg tun. Etwas trotzig gestimmt, weil ein Vorredner bedauert hatte, Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein, skizzierte er den Delegierten sein Leben und gebrauchte dabei die Formel, daß er „keine Minute seines Lebens bereue“, was zu heftigen Reaktionen der Delegierten führte. Erst in nachfolgenden Diskussionen schränkte er seine Äußerung ein und war bereit, sich für durch das MfS begangenes Unrecht zu entschuldigen. Nach Kittler trat der PDS-Landtagsabgeordnete Prof. Lüderitz ans Rednerpult und stellte den Delegierten seine Geschichte dar, die er als junger Soldat erlebt hatte: Kritisch zur DDR und zu Aspekten ihrer Politik eingestellt, notierte er in einem Heft unkonventionelle Gedanken, wurde denunziert und verhaftet. Nach seiner Darstellung geschah das ohne Haftbefehl. Er sei vier Wochen, eine davon nackt, in einer Zelle in Haft gehalten worden, erinnerte er sich. Nach seiner Meinung war es eine Haft in einem Gefängnis der Staatssicherheit.

Die Zuspitzung der Auseinandersetzung

Danach geschah erst einmal eine Weile nichts. Kittler hatte auf seine Kandidatur verzichtet und anscheinend war die Sache erledigt, bis auf Diskussionen in PDS-Vorständen, in der AG Junge GenossenInnen und Briefe, die zwischen den einzelnen Beteiligten und Interessierten und einigen Mitgliedern des „Insiderkomitees zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS“ hin und hergingen.

Ehemalige Mitarbeiter des MfS stellten Recherchen an, um die Angaben Prof. Volker Lüderitz zu überprüfen, und kamen für sich zum Schluß, daß diese Angaben nicht stimmen. Einer der Skeptischen ist Rudolf Mittag, ehemals Leiter der Bezirksverwaltung des MfS in Rostock, in dessen Verantwortungsbereich die Angelegenheit Lüderitz sich vor Jahren zugetragen haben muß. Sie kamen zu dem Schluß, daß es ein solches Ereignis nicht gegeben hat und beantragten deshalb ein Schiedsverfahren gegen Lüderitz bei der Schiedskommission des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Und weil das so schön ist, folgten Kittler und sein Freund einige Zeit später mit einem Schiedsverfahren gegen Vertreter des Landesverbandes, inkl. des PDS-Vorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Roland Claus, wegen Verleumdung.

Da die Auseinandersetzung erneut die Öffentlichkeit erreichte, schlugen die Wellen der Aufregung und Hitzköpfigkeit wieder höher und höher. Der Landesvorstand der PDS erklärte, daß er „dagegen ist, die Schatten der Vergangenheit auf das MfS zu reduzieren. Wir werden aber auch nicht hinnehmen, daß unsere politische Kritik am Staatssozialismus mit Gegenargumenten, Leugnungen und Geschichtsrevisionis-

mus und mit persönlichen Angriffen beantwortet wird.“ Die AG Junge GenossenInnen stellte sich in einer Stellungnahme vor Volker Lüderitz. Die PDS müsse „eindeutig zu Menschen Stellung beziehen, welche wegen ihrer politischen Meinung in der DDR staatlicher Unterdrückung ausgesetzt waren“. Einzelne Äußerungen allerdings, auch von politisch Verantwortlichen, verschärften die Situation, weil sie von „Ratten, die da aus ihren Löchern schlüpfen“ sprachen. Das führte zur Beendigung des Dialoges zwischen den unmittelbar Beteiligten und zur Verweigerung jeder weiteren Diskussion.

Schlechthin ist das kein Streit zwischen einem „Täter“ und einem „Opfer“, sondern eine Problematik, die die PDS grundlegend betrifft. Das Unmögliche an dieser Situation ist, daß miteinander nicht gesprochen wird, daß es keine sachliche Auseinandersetzung, kein Aufeinanderzugehen gibt, daß nach Meinung der Antragsteller parteijuristisch entschieden werden soll, was politisch geklärt werden mußte. Abzulehnen ist, wie das viele PDS-Mitglieder in Sachsen-Anhalt und wie auch der LV zum Ausdruck bringen, den Dialog zu beenden und sich in entgegengesetzt stehende Lager zu begeben.

Dissenspunkt: Vergangenheit und nur wieder das MfS?

In der Erklärung der AG Junge GenossenInnen wird gesagt: „Ehemalige MitarbeiterInnen des MfS, die einen solchen Grundsatz tragen (eine radikale Aufarbeitung der DDR-Geschichte – d. Red.), laden wir herzlich (zum Dialog) ein.“ Das ist richtig, aber zu wenig. Denn, Menschen, die sich einmischen wollen, brauchen nicht nur eine kritische Sicht auf die Vergangenheit, sondern auch klare Vorstellungen über das kapitalistische Heute. Für die PDS, die den antistalinistischen Grundkonsens für alle Mitglieder für verpflichtend hält, kann es deshalb nur darum gehen, sich im Dialog und in der gemeinsamen Aktion zusammenzufinden. Nicht umsonst wird von den Medien – wie z.B. von der Welt vom 8. Juni – aufdringlich die Weise gesungen, daß die „Alt-Stalinisten aus der Deckung“ kommen. Kittler und Genossen sind inzwischen ein beliebtes Thema der Medien, bis hin zum „Kennzeichen D“, die sich sonst wenig kümmern, was Ostdeutschland und die PDS betrifft. Hier aber kann gespalten werden, hier können Konfrontationen aufgebaut und Emotionen angeheizt werden. Das soll die Partei sein, die in Sachsen-Anhalt die Regierung toleriert!?

Die eigentliche Dimension

Für nüchterne Betrachter der Szene sind Aufrichtigkeit, Dialog und gegenseitige Toleranz gefragt. Reue heißt nicht Selbstverleugnung, Reue heißt vor allem, eigenes Versagen und Blindheit einzugestehen. Das kann nur zeitbezogen geschehen und verlangt von niemandem, sein Leben in Frage zu stellen. Aber neue Einsichten sind gefragt und nicht etwa parteijuristische Spitzfindigkeiten.

Es ist aber auch fraglich, ob – wie einer der Beteiligten, der Landtagsabgeordnete der PDS, Matthias Gärtner, fordert – die „politische Ausgrenzung (politischer Positionen wie der von Kittler – die Red.) über einen klaren Beschluß eines Landesparteitages passieren“ könnte. (M. Gärtner in der Jungen Welt,

1.7.96). Bedenklich wird es dann allerdings, wenn er die Hoffnung äußert: „daß diese Personen mitkriegen (sollen), daß diese Partei für sie der falsche Platz ist.“ Das bringt die Auseinandersetzung genau auf den Punkt, wo andere sie gern haben möchten: Säubert die PDS von allen „Stalinisten“ und Ihr seid eine geläuterte Partei! André Brie gehört offenbar zu den „Geläuterten“, denn, wie er dem Stern im Interview sagte, wünscht er sich, daß die Poststalinisten aus der PDS verschwinden. A. Brie hatte in Eisleben an einer Veranstaltung zum Thema Kittler teilgenommen, auf der er sich – prinzipiell selbstkritisch – für einen offenen Dialog hinsichtlich Vergangenheit und Geschichte aussprach.

Die PDS hat einen hohen Anteil älterer Menschen in ihren Reihen. (Von einstmalig über zwei Millionen SED-Mitgliedern sind allerdings nur 10% Mitglieder der PDS geworden!). Eine einfache Überlegung sagt, daß diese Mehrheit nicht aus Bequemlichkeit Mitglied der PDS ist. Es liegen sicher tiefere Gründe vor, um in einer neuen Situation links denken zu wollen. Mitglied der PDS sind heute sowohl Menschen, die der DDR in den verschiedensten Positionen dienten und aufopfernd für sie gearbeitet haben, als auch Menschen, die in der DDR nicht nur eine sozialistische Alternative, sondern auch einen Staat sahen, der – gemessen an seinem sozialistischen Ideal – große Defizite an Demokratie und individuellen Freiheiten hatte. Die einen kamen zur PDS, weil sie weiter dem sozialistischen Ideal folgen wollten und die angesichts der neuen Realitäten, mit denen die Menschen konfrontiert sind, sich im Versuch einer Alternative bestätigt finden, und die anderen, weil sie in der PDS eine Chance für Deutschland sehen. Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensentwürfen! Aber mit einem heutigen Grundanliegen, das sie eigentlich zusammenführen mußte. Viele dieser Menschen haben aus ihren Erfahrungen gelernt oder sind dabei, das zu tun und haben für sich die antifaschistischen und demokratischen Anfänge in Ostdeutschland und später auch noch in der DDR bewahrt und stark verinnerlicht. Bereit zur Selbstkritik und mit Lernfähigkeit ausgestattet, sind sie ein Potential für eine linke Partei, das für die Suche nach neuen Ansätzen genutzt werden kann. Auch ehemalige Mitarbeiter des MfS können mit einer solchen Latte gemessen werden. Es kann kein Generationsproblem sein, wenn „alt“ und „jung“ sich in dieser Sache gegenüberstehen, wobei beide Seiten, wie es scheint, nicht zur Sache, sondern zu Teilfragen reden und die Dimension der Auseinandersetzung nicht begreifen. Das MfS-Thema ist immer wieder gut, um die PDS zu beschäftigen und sie auszuhebeln. Gefragt sind ehrliche Positionen, sind die aufrichtige Beurteilung der Geschichte und damit die selbstkritische Einordnung der eigenen Person in die Vergangenheit. Biskys Reaktion zu Brie und seinen Adepten ist nur zu gut verständlich, er weist die Äußerungen Bries zurück, worin er mit anderen Mitgliedern des BV der PDS übereinstimmt, die erklärten, daß es nicht angehe, „die PDS für Teile der Mitgliedschaft unerträglich zu machen.“ Der LV Berlin sagt es mit aller Deutlichkeit: Es sei inakzeptabel, PDS-Gruppierungen aus dem demokratischen Konsens auszuschließen. Das trifft den Kern auch in der Auseinandersetzung in Sachsen-Anhalt. (abe)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bankunterschrift:

Streitfall DDR-Literatur

Ansichten von Prof. Hans Mayer

Die Vision von Bert Brecht bleibt gültig. Die Literatur wird durchforscht werden, vor allem, ob darin das Los der Untertanen abzulesen ist. Doch wer heute Prosa und Poesie der DDR gelten läßt, zumal wenn er sich zugehörig fühlt, wird allzuoft abgebucht und verlästert.

Dafür sorgen vorrangig Schriftsteller, die einst, freiwillig oder nicht, in die alte Bundesrepublik umsiedelten. Sie fordern die Achtung von ihresgleichen, die in der DDR geblieben und geschrieben, somit leibhaftige Satansdiener gewesen, die wie die Pest zu meiden sind.

Umsomehr ist Prof. Dr. Hans Mayer zu danken, der selbst

nicht nur außerbauliche Tage in dem deutschen Staat zurückblickt, der durch die Rückwende zerstört wurde.

Der große, alte Mann der gesellschaftspolitischen Literaturanalyse veranschaulicht wie stets ein Zeitalter, zumal er in seinen Büchern die Diagnose zum selbständigen Kunstwerk macht.

Er kommt nicht zu beerdigen, sondern zu bewerten. Dem Wahn der Kopfjäger hält er die Wucht der Tatsachen entgegen. Im Interview der Woche mit dem Deutschlandfunk vom 26. Mai 1996 vermittelt er die Klarstellung, die längst überfällig.

(Prof. Dr. Heinz Kamnitzer, 23. Juli 1996)



Zur Person

Prof. Dr. Hans Mayer. Geboren 1907 in Köln. Studium Jura, Geschichte, Philosophie. 1934-1945 Exil in Frankreich und der Schweiz. 1946-47 Chefredakteur Radio Frankfurt/Main. 1948-63. Professor für Literaturgeschichte in Leipzig. Seit 1965 Professor für deutsche Sprache und Literatur in Hannover. Lebt in Tübingen.

Ein paar Publikationen:

Georg Büchner und seine Zeit (Wiesbaden und Berlin 1946, erw. Neuaufl. Frankfurt 1972, Suhrkamp 1974). Thomas Mann. Werk und Entwicklung (Berlin 1950, Neuaufl. Frankfurt 1975, 1984).

Bertolt Brecht und die Tradition (Pfullingen 1961).

Von Lessing bis Thomas Mann. Wandlungen der bürgerlichen Literatur in Deutschland (Pfullingen 1969).

Zur deutschen Literatur der Zeit. Zusammenhänge - Schriftsteller - Bücher (Hamburg 1967).

Abend der Vernunft. Reden und Vorträge 1985-1990.

Ansichten von Deutschland. Bürgerliches Heldenleben (1988)

Außenseiter (1984).

Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen (2 Bde., 1987).

Wendezeiten. Über Deutsche und Deutschland (1995).

Der Widerruf. Über Deutsche und Juden (1994).

Reden und Vorträge (2 Bde., 1978 und 1985).

Reden über Ernst Bloch (1989).

Der Turm von Babel. Erinnerungen an eine Demokratische Republik (1991)

(Zusammengestellt mit freundlicher Unterstützung von Prof. Heinz Kamnitzer)

Über deutsche Literatur, Eroberer, die verwesende bürgerliche Gesellschaft, die DDR als Staat der Schriftsteller und das, „was als Alternative mal geplant war“

Das Deutschlandfunk-Interview der Woche mit Hans Mayer, 26. Mai 1996

DLF: Professor Hans Mayer, Sie wurden am 19. März 1907 in Köln geboren, sind also heute 89 Jahre alt. Sie sind promovierter Jurist. Aber was für Sie viel wichtiger ist: Sie sind natürlich Literatur-Wissenschaftler, Historiker. Als Jude und Kommunist mußten Sie 1933 Deutschland verlassen. Sie waren im Exil, Sie waren in der Schweiz, in Frankreich. Nach dem Krieg Chefredakteur in Frankfurt am Main beim Radio, sind dann 1948 in der ISBZ gegangen, Professor für Literaturwissenschaft in Leipzig, haben da Generationen von Studenten, Schriftstellern, von Intellektuellen geprägt. 1963 sind Sie derart ins Schußfeld der SED geraten, daß Sie in den Westen übersiedelt sind, haben dann in Hannover und Tübingen ihre Arbeit fortgesetzt. Auch hier wieder Generationen geprägt.

Wenn man aufzählen würde, was Sie alles geschrieben haben, worüber Sie gearbeitet haben, würde die Sendezeit nicht reichen. Das gleiche gilt, wenn man aufzählen würde, mit wem Sie Kontakt hatten, mit welchen Jahrhundert-Persönlichkeiten. Ich werde statt dessen eine Episode wiedergeben, die Sie selber beschrieben haben in ihren Erinnerungen und die für Sie, glaube ich, charakteristisch ist. Und zwar spielt das in den Jahren 1927/1928 in Köln, an der Universität. Sie besuchen einen Kurs im historischen Materialismus, den eine marxistische Studentengruppe organisiert und müssen sich vorbereiten und besonders beschäftigen mit Georg Lukács. Und zwar mit der Schrift „Geschichte und Klassenbewußtsein“. Ein Buch, was Lukács damals schon widerrufen hat. Und das scheint mir typisch für Sie zu sein, diese Gleichzeitigkeit der Auseinandersetzung mit Marxismus, aber gleichzeitig auch mit Dissidententum. Vor wenigen Wochen haben Sie die Ehrenpräsidentenschaft des Ost-Pens übernommen. Eine Vereinigung, die sich nicht vereinigen soll mit dem West-Pen. Da gibt es immer noch Widerstände. Ist das auch eine Form von Dissidententum, diese Ehrenpräsidentenschaft?

Prof. Mayer: Jetzt muß ich erst einmal mit Berichtigungen antworten. Ich bin überhaupt nicht als Jude und Kommunist ins Ausland gegangen, in die Emigration. Bin nie Kommunist gewesen im Parteiliste. Ob ich theoretischer oder politischer Marxist war, ist eine ganz andere Frage. Ich habe nie einer kom-

munistischen Partei angehört. Auch später nicht der SED. Das fällt weg. Inwieweit ich dissident gewesen bin, ist schwer zu sagen. Sicher ist das Umgekehrte. Ich habe mich nie irgendeiner offiziellen Doktrin, einer Partei, auch nicht dem Zionismus, angeschlossen. Ich habe immer selbständig gedacht. Politiker im engeren Sinne war ich nie. Ich habe in meinem Buch „Ein Deutscher auf Widerruf“ in meinen Erinnerungen folgendes gesagt: Erst in Leipzig ist mir als Professor wirklich klar geworden, was ich eigentlich wirklich wollte. Eigentlich nur zweierlei, nämlich Lehren und Schreiben. Meine Wirkung als Lehrer, als akademischer Lehrer, auf Generationen von Menschen, ist wahrscheinlich sehr groß gewesen. Da habe ich viel Freude, viel Dankbarkeit erlebt und ich habe von meiner Jugend her, wie Bennis nennt, den Ausdruckszwang gehabt. Unter ihm gestanden.

Ich mußte schreiben, ich mußte formulieren, und so bin ich dann eigentlich doch ein Künstler, ein Schriftsteller, gewesen. Und die Tatsache ist ja auch, daß ich nie in eine Akademie der Wissenschaften gewählt wurde, aber in vier Akademien der Künste.

DLF: Noch einmal nachgefragt zur Ehrenpräsidentenschaft Ost-Pen. Was hat Sie motiviert, das zu übernehmen?

Prof. Mayer: Ich bin einer der älteste, wahrscheinlich heute der dienstälteste, noch lebende, der dem Pen-Club angehört. Ich bin, daß muß folgendes vorausgeschickt werden, das ist wieder die Geschichte der Deutschen Misere. Bei Anbruch des Dritten Reiches hat man in Dubrovnik, Ragusa hieß das damals noch, beim internationalen Kongreß die Nazi-Schriftsteller hinausgeworfen, aufgrund einer Anklagerede von Ernst Toller. Dann ist 1947 bei dem ersten internationalen Pen-Kongreß nach dem Krieg auf Vorschlag Thomas Mann's ein neuer deutscher Pen-Club gegründet worden, dergestalt, daß für die vier Besatzungszonen je vier unbescholtene nichtnazistische Schriftsteller gewählt wurden. Darunter Anna Seghers, darunter Erich Kästner, darunter Günter Weisenborn, der im Zuchthaus gesessen hatte, und darunter auch Axel Eggebrecht. 1949 haben die in Göttingen in einem Kongreß des neuen Zentrums mich auch gewählt. Ich habe dann in Düsseldorf 1951 an dem letzten gemeinsamen Kongreß teilgenommen, der mit Johannes R. Becher, mit Hans Henry Jahn u.a., aber die Westler unter starkem Druck der Amerikaner und bewußt des CIA, haben dann den Pen-Club gespalten. Ich blieb bei dem Pen-Club Ost und West, der dann Pen-Club nur noch der DDR war. Dann 1963 ging ich weg. Ich war Mitglied des Pen-Clubs Ost, DDR. Dann haben, ohne mich zu fragen, die Westler der Bundesrepublik den Bloch und mich gewählt. Gewählt in einen Pen-Club, in dem wir ja längst waren. Denn wenn man in einem Zentrum ist, ist man im Pen-Club. Ich bin nie in den West-Pen-

Kongreß jemals gegangen. Aber als nun der Ost-Pen jetzt bei den Querelen erklärt hat: „Ja, der Hans Mayer soll Ehrenpräsident werden“, habe ich die Wahl angenommen, weil die Ostleute es gewagt haben, mich, nachdem ich Republik-Flüchtling und Renegat geworden war, nicht auszuschließen. Und das habe ich von mir aus dadurch honoriert, daß ich die Wahl als Ehrenpräsident annahm.

DLF: Können Sie denn die Widerstände, die es im West-Pen, insbesondere bei den ausgebürgerten ehemaligen DDR-Schriftstellern gegen eine Vereinigung der beiden Pen-Zentren gibt, können Sie die nachvollziehen, diese Widerstände?

Prof. Mayer: Die kann ich nicht nur nicht nachvollziehen; die halte ich für sehr bedenklich und ich kann nur sagen: Die haben's nötig. Günter Kunert, das Lieblingskind der SED, erfunden von Johannes R. Becher, der im Gegensatz zu mir nicht als Renegat mit zwei Koffern, sondern mit seiner ganzen Habe nach dem Westen ziehen sollte und der nun sagt, man darf mit den ganzen Ossis nichts zu tun haben. Mein Gott, der hat's nötig. Und da muß ich leider sagen: Ich habe als einer der ersten den damals sehr begabten Lyriker Günter Kunert sehr gefördert. Kunert weiß es auch. Und in einem Band von Schriften über Kunert steht mein damaliger Text an erster Stelle. Kunert hat mir zu meinem 70. Geburtstag sehr ergreifend ein Gedicht gewidmet. Also ich weiß, wovon ich rede. Günter Kunert, von anderen wollen wir erst gar nicht reden, hätte gut daran getan, das nicht zu machen. Ich halte das für eine jämmerliche deutsche Querele und ich kann verstehen, daß Leute wie Walter Jens oder Günter Grass nach diesen Querelen einfach im West-Pen ausgetreten und in den Ost-Pen eingetreten sind.

DLF: Es gab ja auch schon unmittelbar nach 1989 eine Kampagne im Feuilleton, eine Kampagne, die darauf zielte, die in der DDR produzierte Literatur damit insgesamt abzurechnen. Sogar Schriftsteller wie Christa Wolf, sogar Heiner Müller wurden als Staatsdichter desavouiert. Welches Interesse steckt eigentlich hinter dieser Kampagne?

Prof. Mayer: Ja, das Interesse von Eroberern. Man hat ja die sogenannte Vereinigung in Form einer Eroberung gemacht, und man wollte ja doch gerne auch ein offizieller Kanzler der Einheit sein, möglichst mit Denkmal, vielleicht oberhalb des Hamburger Hafens. Das habe ich einmal auch geschrieben und das widerrufe ich auch nicht. Man hat auf diese Weise ja und manche Kollegen. Professoren, die evaluieren sollten, was sie verstanden als absetzen, durch Wessis ersetzen, sind ja als Eroberer im eroberten Land, den sogenannten neuen Bundesländern, erschienen. Im Ge-

gensatz zu den alten. Die alten haben natürlich uralte Namensbezeichnungen, wie Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen, während die neuen Bundesländer ja so brandneue Namen haben wie Thüringen und Sachsen und Brandenburg. Also das Ganze ist eine Verlogenheit von Anfang bis Ende.

Als ich mein Buch „Der Turm von Babel“ geschrieben habe - Erinnerungen an die DDR - nicht Erinnerungen, sondern Memento an eine Deutsche Demokratische Republik, nicht an die DDR, an das, was als Alternative mal geplant war - da habe ich damit zu zeigen versucht, daß da ein außerordentliches Potential von bedeutender Kunst, bedeutender Schriftstellerei entstanden ist. Wo hat es denn ein Gegenstück zur Gründung des Berliner Ensembles in der Bundesrepublik des Westens gegeben. Wir wissen doch alle, daß von Walter Felsensteins Komischer Oper überhaupt die ganze moderne Musik, Theater der Musikdramatik entstanden ist. Leute wie Harry Kupfer, wie Götz Friedrich, wie Joachim Herz und viele an-

dere, wie Georgio Strehler, die haben doch alle bei Felsenstein und bei Brecht gelernt. Eine Zeitschrift wie *Sinn und Form* von Peter Huchell, an der wir alle mitgearbeitet haben, dagegen gibt es doch überhaupt kein Gegenstück in der alten Bundesrepublik. Und ich fand eine Honorierung genau dieses Erbes, das man übernommen hat, als vor einigen Jahren als Reprint dieser alten Zeitschrift *Sinn und Form*, also 1949 bis 1962, im Westen herauskam, daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker uns in der Villa Hammerschmidt einlud, dieses Reprint offiziell vorzutragen und damals haben sogar verschiedene Leute wie Hans Magnus Enzensberger und ich mit dem Bundespräsidenten dieses Buch dargestellt. Das gleiche, wenn Adorno und Horkheimer in der Frankfurter Universität oder Wolfgang Abendroth in Marburg doch Keimzellen eines neuen Denkens, eines neuen universitären Bewußtseins entwickelt haben, so haben wir im Hörsaal 40 der Leipziger Universität Ernst Bloch und Walter Markov, der Historiker und ich und der große Romanist Werner Krauss, doch dasselbe getan.

DLF: Sie schreiben ja auch: Die DDR sei ein Staat der Schriftsteller gewesen, ganz im Gegensatz zu Westdeutschland. Und sie haben jetzt gerade Gründe dafür genannt. Aber auf der anderen Seite, wenn man etwa sieht, daß beispielsweise einer der wohl wichtigsten Schriftsteller der DDR, Uwe Johnson, nur im Westen veröffentlichen konnte, ist das doch eine erstaunliche Aussage, der Staat der Schriftsteller.

Prof. Mayer: Uwe Johnson. Ja, da war folgendes. Uwe Johnson wollte sein Buch „Mutmaßungen über Jakob“, das ich finanziert habe – er hat einen monatlichen Scheck von 500 Ost-Mark dafür bekommen – und irgendwann, man muß Uwe Johnson gekannt haben, um sich das vorzustellen, erscheint er bei mir und teilt mit: „Also bitte, wenn man Sie wieder einmal fragen sollte, was ich mache. Ich habe das Schreiben aufgegeben.“ – Pause – „Im übrigen ist das Buch fertig.“ Und er wollte dieses Buch nun herausgeben in der DDR. Das erwies sich als völlig unmöglich. Ein Buch, in dem eine entscheidende Rolle natürlich ein gar nicht negativ beurteilter Mann der Staatssicherheit spielt, das zwischen den verschiedenen Geheimdiensten Düsseldorf und Ost-Berlin oszilliert, war natürlich nicht zu publizieren. Aber, da Sie fragen, warum mußte Johnson das im Westen veröffentlichen, sehr wider seinen Willen. Er hatte einen Todfeind, nämlich den widerlichen ehemaligen Wehrmachtsfeldwebel Paul Fröhlich, der dann erster Parteisekretär des Bezirks Leipzig war. Und der hat nachwandlerisch sicher, wie Polizisten dann immer sind, erkannt, bei dem wehrlosen jungen Johnson, den er da irgendwann mal erlebt, der hat ihm Widerworte gegeben, der darf nichts werden. Wir haben also in dieser ganzen Zeit unentwegt sehen müssen, wie Johnson

Geld verdient. Verlage zum Beispiel haben ihm dann Aufträge gegeben, auch der Aufbau-Verlag. Die Leute haben sich gut benommen. Aber Johnson konnte und durfte man nicht drucken. Er wollte trotzdem, nachdem klar war, die „Mutmaßungen“ erscheinen, bei Suhrkamp in Frankfurt – Peter Suhrkamp war gestorben, Unseld hatte es durchgesetzt – da mußte man Johnson sagen: „Also, Sie können nicht in der DDR bleiben, wenn das Buch erscheint. Das gibt großen Ärger und Gefahr.“ Also der Fall Johnson, ich habe es so ausführlich geschildert, das war nun wirklich eine Ausnahme. Ingrid Badendererde hätte der Aufbau-Verlag liebend gern gedruckt. Die haben auch sofort erkannt, Walter Janka als Chef, der später zehn Jahre Zuchthaus bekam, hätte Ingrid Badendererde liebend gerne gedruckt, aber man konnte ein Buch nicht drucken, das mit einer Republikflucht endet.

DLF: Wenn man heute die deutsch-deutsche Situation beobachtet, dann hat man in gewisser Weise den Eindruck, daß es noch nie soviel DDR-Identität gab, wie heute. Wie kommt das zustande?

Prof. Mayer: Ja, wir sprechen wahrscheinlich von den Schriftstellern und Künstlern vor allen Dingen, die wir ja einigermaßen beobachten können. Ich glaube, die Sache ist ganz einfach und es hat eine Reihe von Ausländern auch gegeben, die eben natürlich sagten: „Wir wissen, warum die eigentlich spezifisch westdeutsche Literatur so belanglos, so uninteressant ist.“ Im Grunde haben sie ja nichts erlebt. Natürlich kann man, wie x oder y jedes Jahr seinen Romanband, seinen Erzählungsband, seinen Roman schreiben. Es ist jeweils ein wechselndes Thema, ein spannendes Thema gibt es immer. Dazu schreibt man dann im Herbst bis zum Frühjahr den entsprechenden Roman. Der erscheint dann zur Buchmesse im Oktober. Das ist doch ganz belanglos. Die Leute in der DDR haben ja ihr Schreiben als ihre Identität, ihre Existenz empfunden. Davon haben sie berichtet. Leute wie Christa Wolf, wie Heiner Müller und viele andere, sehr bedeutende Autoren, sehr begabte Autoren, haben ja das, was sie erlebt haben in der prismatischen Brechung von Zustimmung zu einer Idee des Staates DDR und tiefer Enttäuschung über die Realität dieses Staates, zum Gegenstand ihrer Existenz, zum Gegenstand ihres Schaffens gemacht.

DLF: Aber davon mal abgesehen: Sie sagen, oder haben selber in einem Interview gesagt, Sie fühlen sich heute mehr zu den Menschen in den sogenannten neuen Bundesländern hingezogen. Diese Menschen in den neuen Bundesländern, auch jetzt nicht nur die Schriftsteller, fühlen sich auch stärker als eine Einheit, hat man den Eindruck.

Prof. Mayer: Ja natürlich. Ich wiederhole, sie sind die Besiegten. Das habe ich

ja sehr ausdrücklich im „Turm von Babel“ auch gesagt. Programmatisch, was Sie eben betont haben. Ich nehme die Partei der Erniedrigten und Beleidigten, um mit Dostojewski zu sprechen. Bloch hat davon immer, auch innerhalb der DDR, gesprochen. Ich zitierte in meinem Buch vom Turm von Babel den Standpunkt, der ja auch z.B. in Frankreich und in Japan erschienen ist. D.h., das war keine isolierte deutsche Sache. Ich habe zitiert „Victrix causa Diis placet, det victa Catoni“, der Cato, der Römer hat erklärt, die Sache der Sieger, das war Sache der Götter. Cato steht für die Sache der Besiegten. In diesem Fall gilt meine ganze Sympathie den Menschen, denen man einredet, sie hätten ihr ganzes Leben verspielt, sie hätten immer auf die falsche Karte gesetzt. Ob die Leute der Bundesrepublik so unbedingt auf eine richtige Karte gesetzt haben, das wird die Zukunft zeigen. Hoffentlich wird sie es trotz allem zeigen. Aber die Tatsache, daß die Besiegten der DDR redliche, fleißige Leute waren, die unendlich viel gemacht haben, die Dinge gemacht haben, die man sich überhaupt nicht leisten konnte. Sie bauten in Berlin die Knobelsdorfer Oper und die Dornburger Schlösser und was alles um Weimar und Jena gemacht worden ist. Die DDR konnte sich dies doch im mindesten nicht leisten. Sie hat es aber getan. Und wenn man den Leuten sagt: „Na ja, das muß jetzt alles anders werden. Jetzt werden wir mal zeigen, was daraus zu machen ist“, fühlen sich die Leute gedemütigt.

DLF: Gehören auch die sogenannten Bürgerrechtler zu den Besiegten? Sie haben in einem ganz anderen Zusammenhang, das unglückliche Bewußtsein, thematisiert, daß der Bürger immer als Citoyen und als bourgeois auftritt. Wobei der Citoyen in den Freiheitskämpfen an der Front steht, während der bourgeois in der Regel als Sieger hervorkommt. Kann dieses Beschreibungsmodell auch auf '89 angewendet werden?

Prof. Mayer: Sie hatten einleitend über Georg Lukács gesprochen. Der Gedanke von der Unterscheidung von citoyen und bourgeois kommt ja von Georg Lukács. Lukács hat die Unterscheidung gemacht, indem er gesagt hat: „Na ja, das revolutionäre Bürgertum der französischen Revolution kann sich ja nicht halten. Als die bürgerliche Gesellschaft zur Herrschaft kam, kam eben, wie Ludwig Börne es nannte, die giftige Geldwirtschaft der bourgeoisie. Und heute ist es natürlich so, daß das Problem der Freiheit, der Gleichheit, der gleichen Lebenschance und der, was man früher Brüderlichkeit nannte, was man später soziale Gerechtigkeit genannt hat, daß da Widersprüche innerhalb der Menschenrechte sind. Da bin ich nun der Meinung, und stehe damit auf der Seite der Menschen der ehemaligen DDR und gegen die offizielle Linie der Bundesrepublik, das wichtigste ist nicht die Freiheit und schon gar nicht die Freiheit ei-

ner noch dazu sozialen Marktwirtschaft, sondern die Menschen, das menschenwürdige Leben und die Möglichkeit, es auch praktisch und materiell leben zu können.

DLF: Sie haben in einem Vortrag über Heiner Müller, den Sie jüngst erst im Berliner Ensemble, dann in einer Rundfunkanstalt gehalten haben, darauf hingewiesen, daß das Arbeitskonzept oder das große Thema von Heiner Müller auch die Situation unserer Zeit beschreibt, und zwar – ich zitiere: „Verwesung der einstigen bürgerlichen Gesellschaft und damit der Aufklärung, doch ohne irgendeine Version eines erhofften und erdachten Noch nicht.“ Leben wir in trostlosen Zeiten?

Prof. Mayer: Nein, wir leben nicht in trostlosen Zeiten. D.h. viele Menschen leben in trostlosen Zeiten. Sie haben ja Brecht damit zitiert. Wir leben natürlich wieder, wie ich in dieser Rede über Heiner Müller, der ein Duz-Freund von mir war, gesagt habe: „zwischen einem Noch nicht und einem Nicht mehr.“ Wir leben in einer verwesenden bürgerlichen Gesellschaft. Das glaube ich, ja. Alle Normen, Umgangsformen, Werte, Künste der bürgerlichen Gesellschaft, citoyen und bourgeois sind mehr und mehr hinfällig geworden. Das neue Jahrtausend wird ganz andere Möglichkeiten geben, unter anderem vielleicht die Tatsache, daß es in unserem bisherigen Sinne keine Kunst mehr geben wird. Hegel war der erste, der gesagt hat: „Es ist keine Menschheitsentwicklung möglich ohne Kunst.“ Vielleicht leben wir am Anbruch dieser Epoche. Hoffentlich nicht. Hoffnungslos ist nichts. Denn ja, und damit würde ich eigentlich unseren Gedankengang abschließen können, ich bin natürlich auch ein Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung gewesen, ich habe mit Horkheimer, mit Adorno gearbeitet und ich kenne sehr genau, auch in meinen Leben, die Dialektik der Aufklärung. Und der Grundgedanke aller Dialektik der Aufklärung – und Heiner Müller hätte genau dasselbe gesagt – besteht darin, in jeder Repression und Restauration steckt schon wieder die Möglichkeit einer Gegenbewegung. In jeder revolutionären Herrschaft, die siegreich wird, steckt sogleich die Möglichkeit, daß sie in Frage gestellt wird. In dieser Situation leben wir wie immer. Das ist eine menschliche Kondition, und in der muß man leben. Und ich glaube, insofern hat Ernst Bloch nach wie vor recht mit dem Grundgedanken des Prinzips Hoffnung, daß er sagt: „Alles Prinzip Hoffnung heißt, Menschen suchen Heimat, Sicherheit in dem Bewußtsein, daß die Heimat, aus der sie herkommen, keine Heimat gewesen ist. Heimat muß erst gefunden werden.“ Und in meiner Kölner Rede neulich habe ich ja damit geschlossen: Das Prinzip Hoffnung ist die in uns allen steckende Sehnsucht nach einem menschenwürdigen Leben.

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Prof. Mayer. Überschrift von d. Red.)

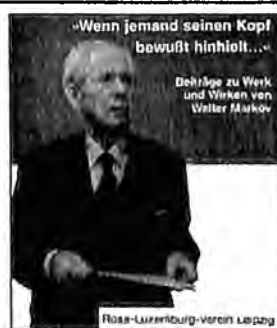
Literatur zum Thema



Jens Fietje Dwers, Dieter Strützel, Matthias Mieth (Hg.): Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss. Aufsätze, Studien, Gesprächsergebnisse einer 1984 entstandenen Arbeits-

gruppe zur „Ästhetik des Widerstands“ an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena. 352 Seiten, ISBN 3-926922-16-8, 25 DM.

Heinz Kamnitzer, Der Preis der Wende. Ein Poeseialbum. Alle seit 1989 entstandenen Verse des früheren Präsidenten des Pen-Zentrums der DDR (1971 bis 1989) in einem Band. 272 Seiten, ISBN 3-929994-35-6, 19,80 DM.



fred Neuhaus und Helmut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Miedel. Leipzig, 1995. Herstellung: GNN-Verlag.

„Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt...“ Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Herausgegeben von Manfred

ISBN 3-929994-55-0. 262 Seiten, 20 DM. Copyright und Bestellungen an: Rosa Luxemburg-Verein e.V., Sternwartenstraße 31, 04103 Leipzig.

Ebenfalls im Rosa Luxemburg Verein in Leipzig erscheint im Herbst: Literaturhistorische Streifzüge. Für Hans Mayer von Schülern der Leipziger Zeit. Mit Beiträgen von Walter Dietze, Kurt Schnelle, Siegfried Streller, Werner Schubert, Günter Mieth, Helmut Richter, Günter Albus, Alfred Klein, Horst Nalewski, Friedrich Albrecht, Irmfried Hiebel, Klaus Pezold, Joachim Pötschke. Bestellungen an: GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Telefon: 03-4201-65711, Fax: 03-4201-65893.



Eugen Heilig ist ein Arbeiterfotograf der ersten Stunde. Er begann mit der Fotografie bereits 1912. Seine erste Fotoszene ist ein Tagebuch von der Walz, die den gelernten Galvanoplastiker nach Italien führt. In den Straßen von Mailand macht er Fotos vom Generalstreik, die daraufhin in „Avanti“ veröffentlicht werden. Aus den ersten Jahren ist eine Bildserie seiner Kollegen erhalten. Bilder, die in ihrer Intensität den Aufnahmen von August Sander in nichts nachstehen. Wenn auch seine erste Aussage zur Fotografie romantisch anmutet: „Das Wunder geschah, die Platte schwärzte sich, zuerst die Flamme, dann auch die Kerze, sogar ein Teil des Tisches waren zu erkennen. Ich hatte das erste Lichtbild gemacht. In der Folgezeit war niemand mehr sicher vor mir und meiner Strahlenfalle“, so stellt er von Anfang an seine Fotografie in einen gesellschaftlich bedeutsamen Zusammenhang. Seine Fotos von der Mobilmachung zum Ersten Weltkrieg zeigen forsch und fröhlich marschierende Männer mit Strohhut und Pappkarton unter dem Arm (Bad Cannstadt, 1914). Noch im selben Jahr zeigt der kritische Fotograf den ersten Kameraden im Sarg. Es scheint, als habe Eugen Heilig auf die Gründung der Arbeiterfotografiebewegung geradezu gewartet. Im Jahre 1926, nach dem Aufruf in der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung (A-I-Z) Willi Münzenbergs, ist er mit der Bildung einer Ortsgruppe in Stuttgart betraut. 1927 ist er Teilnehmer der ersten Reichsdelegiertenkonferenz der Vereinigung der Arbeiterfotografen in Erfurt. Als er 1929 in die Redaktion der A-I-Z berufen wird, unternimmt er einen weiteren Schritt vom Arbeiter zum Arbeiterfotografen zum Journalisten. Von nun an – bis zum Verbot 1933 – ist er außerdem verantwortlicher Redakteur der Vereinszeitschrift „Der Arbeiterfotograf“. In diesem Mitteilungsblatt geht es vielfach um die technische und gestalterische Schulung einer Truppe aus Amateurfotografen, deren erklärtes Ziel es ist, die „Fotografie als Waffe“ im Klassenkampf einzusetzen.

Man muß sich in diese Zeit zurückversetzen, um zu begreifen, wie – wenige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg – die politische Situation im Glamour der „Goldenen 20er“ sich gefährlich zuspitzte. In dieser Zeit ist Eugen Heilig gleichzeitig Redakteur, Reporter und Bildkritiker und – enger Mitarbeiter John Heartfields. Zahlreiche Bilder der Arbeiterfotografen (insbesondere von Eugen Heilig) dienten John Heartfield als Elemente seiner weltbekannten Fotomontagen mit schärfstem politischem Biss und hochgradiger Satire – teilweise erwachsen aus DaDa – parallel zum Bauhaus und dessen unpolitischer Experimentalmontage. Die Arbeiterfoto-

70 Jahre ARBEITER FOTOGRAFIE

Seit siebzig Jahren besteht die „Arbeiterfotografie“, noch immer arbeiten in einigen Städten örtliche Gruppen. Die gemeinsame Zeitung „Arbeiterfotografie“ ist ein Bindeglied. Aus Anlaß des Jubiläums zeigte die Arbeiterfotografie eine Ausstellung über Eugen und Walter Heilig in Köln.

Bilder von Walter Heilig.

grafien waren weniger experimentierfreudig, wenngleich sie John Heartfield als künstlerisches Vorbild anerkannten.

In seinen Bildkritiken vertritt Eugen Heilig die konventionell handwerkliche Fotografie, die, konzentriert auf ihren Gegenstand, möglichst eine dichte Aussage erzielen sollte. Was das Einzelbild oft nicht leisten konnte, nämlich die Komplexität von Hintergründen aufzudecken, leisteten die von der A-I-Z als neuartiges Mittel eingesetzten Fotoreportagen und – in der Regel im Titelbild – John Heartfields Fotomontagen. Eugen Heilig aber erbringt mit der Intensität seiner unmittelbaren Fotografie nicht zuletzt in seinen A-I-Z-Reportagen immer wieder den Beweis der Wirkungskraft seiner politisch engagierten Foto-

21. Jahrgang 1. Heft für Langjährige Fotografen: 9 DM 11,50 DM 2. Quartal 1996

ARBEITER
FOTOGRAFIE



Das Auge des Arbeiters

Die Zeitschrift „Arbeiterfotografie“ erscheint vier mal im Jahr und kann für einen Preis von 35 DM über den Erich-Weiß-Verlag, Amalienstraße 7, 96047 Bamberg bestellt werden.

grafie. Seine Glasnegative, die den Krieg und seine zeitweilige Verfolgung in einem Erdversteck nahezu unbeschadet überstanden haben, stellen ein Vermächtnis sowohl für die deutsche Geschichte als auch für die deutsche Fotogeschichte dar. Sie sind das umfassendste noch erhaltene Werk eines Arbeiterfotografen der Weimarer Republik.

Walter Heilig erhält nach dem Krieg und der Rückkehr aus der Gefangenschaft aus den Händen des Vaters die im Erdversteck vergrabene Kamera. Die Kamera und die Unterbringung durch den Vater sind der Beginn seines Weges in die berufliche Fotografie, die im Berliner Verlag

und in der Bildagentur „Illus“ ihren Anfang nimmt. Von 1947 bis 1974 sind ihm Leitungsfunktionen übertragen als Chefredakteur (bis 1965) und Chefredakteur in der Agentur Zentralbild, der späteren Fotoabteilung des ADN, der Nachrichtenagentur der DDR. Walter Heilig kommt während langer Jahre eine zentrale Rolle in der Fotografie der DDR zu. Neben dem Fototheoretiker Bertold Beiler und den Professoren der auch heute noch bedeutenden „Hochschule für Grafik und Buchkunst“ in Leipzig, ist er im fotojournalistischen Sektor aber auch im Amateurbereich für Beziehungen im In- und Ausland verantwortlich.

Heute stellt er sich kritischen Fragen hinsichtlich Retuschearbeiten an dokumentarischen Bildern, an Bedenklichkeitsbescheinigungen auf Fotos, die für immer im Archiv verschwanden und an seiner Position in mancher Jurierung, die darauf abzielte, unter allen Umständen das positive Bild einer jungen und über lange Jahre von Westdeutschland massiv angefeindeten Republik zu verbreiten.

In gleichem Maße der Selbstkritik darf die Stimme seiner Kritik nicht überhört werden. Eine seiner Leistungen liegt sicher darin, die Fotografie für weite Teile der Bevölkerung auch in ökonomischen Engpässen zugänglich gemacht zu haben. Sehr erfolgreich hat er als Vorsitzender der Gesellschaft für Fotografie (GfF) den Amateursektor in der internationalen Organisation der FIAP vertreten. Dreimal ist er Jury-Mitglied der „World-Press“, und zur ersten Interpress (1960) ist er als Sekretär des Juryvorsitzenden John Heartfield mit vertreten.

Walter Heiligs Fotografien zeichnen ein umfangreiches Bild unmittelbarer deutscher Nachkriegsgeschichte, das an Intensität die kontinuierliche Fortsetzung der Sichtweise des Vaters offenbart. Von 1949 bis 1960 erfüllt er die offizielle Funktion des Fotobegleiters des ersten Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck. Zahlreiche Staatsempfänge und Delegationsreisen im In- und Ausland bestimmen zunehmend seine Bildinhalte, so u.a. nicht zuletzt die (an einem amerikanischen Spionageflug und Abschluß der Maschine über Moskau) gescheiterte Pariser Friedenskonferenz vom Mai 1960. Die letzten Aufnahmen Walter Heiligs stammen aus Vietnam. Es sind keine Kriegsreportagen sondern Sympathiebekundungen für die Bevölkerung. Nach der Treuhandauflösung allen Volks- und Staatseigentums der DDR hat Walter Heilig bis heute keinen Zugang zu seinem fotografischen Werk. Er kämpft um seine Urheberrechte und den damit verbundenen Wiedererhalt seiner Bilder, die sich im Bundesarchiv in Koblenz befinden.

Anneliese Fikentscher

